Nr. 297. Halle (Saale), Mittwoch, den 19. Dezember 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus; durch die Post bezogen 70 Pf. ohr vierteljährlich 2,10 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Barz 49/44. Fernsprech. 1046 Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Petitzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben (größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Barz 49/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 19. Dez. 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In einzelnen Abschnitten der flandrischen Front, am Südufer der Scarpe, bei Moeuvres und Graincourt war am Nachmittag die Artillerietätigkeit lebhaft.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In kühnem Vorstoß brachte eine Sturmabteilung nordöstlich von Craonne eine Anzahl Franzosen ein.

Unsere Flieger haben London, Ramsgate und Margate mit Bomben angegriffen und gute Wirkung erzielt.

Leutnant Bongartz errang seinen 27. Luftsieg.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische Front. Zu beiden Seiten des Wardar lebhafte Feuertätigkeit.

Italienische Front.

Tagsüber heftige Artilleriekämpfe zwischen Brenta und Piave. Nach heftiger Feuerwirkung stürmten unsere Truppen den Monte Asolone und die nordwestlich und nordöstlich anschließenden italienischen Stellungen. 48 Offiziere und mehr als 2000 Mann wurden gefangengenommen. Italienische Angriffe östlich vom Monte Solarole scheiterten.

•

Für allgemeinen Frieden.

Teilnahme von Volksvertretern an den Friedensverhandlungen.

Wien, 18. Dezember. Das Abgeordnetenhaus nahm mit 140 gegen 132 Stimmen einen Antrag auf dringliche Verhandlung des Antrages der Südslawen, Tschechen und Ukrainer betreffend das Verlangen nach Wahl von Volksvertretern behufs Teilnahme an den Friedensverhandlungen mit Rußland, der Sozialdemokraten betreffs Durchführung des Grundsatzes eines Friedens ohne Annektionen und Kontributionen und betreffs Inanspruchnahme der Vermittlung der russischen Regierung für die Uebermittlung des Vorschlages für einen allgemeinen Frieden an die feindlichen Staaten. In Begründung der Anfrage legte Abg. Stanek neuerdings den Standpunkt der Tschechen hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes der österreichischen Völker dar und verlangte, daß Friedensverhandlungen von Volk zu Volk geführt werden. Der Ruthene Petruszewicz begründete seine gleichlautende Anfrage vom ruthenischen Standpunkt aus, wobei er neuerlich gegen die Angliederung des ukrainischen Bodens an Polen schärfstens protestierte.

Dr. Adler (Soz.) erklärte, die sozialdemokratische Anfrage sei vom heißesten Wunsche nach einem allgemeinen Frieden diktiert. Redner beglückwünschte die russischen Revolutionäre, daß es ihnen gelungen sei, den Weg zum Frieden zu bahnen. Viel dazu habe Graf Czernin beigetragen, dessen Verdienst es sei, das Eingehen in die Verhandlungen ermöglicht zu haben. Redner wünschte, daß die russischen Friedensunterhändler die Ueberbringer der Botschaft der Mittelmächte an die Ententestaaten werden, in der festgestellt werde, daß die verbündeten Mittelmächte nichts anderes wollten, als was Graf Czernin in einem Exposée bezüglich des Friedens ohne erzwungene Gebietserweiterungen, ohne wirtschaftliche Vergewaltigung und bezüglich der Abrüstung dargelegt habe. Eine solche Botschaft würde den Erfolg haben, daß die täglich stärker werdenden Friedensbestrebungen in den Ententestaaten unübertwindlich würden.

Abg. Waldner protestierte namens der Deutschen entschieden gegen die Teilnahme nationaler Vertreter an den Friedensverhandlungen, namentlich der Tschechen und Südslawen. Er verwies auf den von deutschen Delegierten eingebrachten Antrag betreffend einen Frieden ohne territoriale, wirtschaftliche Vergewaltigungen, jedoch mit „Sicherungen unserer Grenzen" und unserer Zukunft. Er forderte namens der Gesinnungsgenossen entschieden Einheit und Solidarität im Vorgehen der Monarchie und Deutschlands in den Friedensverhandlungen. Der Friede müsse fureinander und miteinander geschlossen werden. Hierin seien auch die Türkei und Bulgarien inbegriffen. — Abg. Korosec vertrat namens der Südslawen die Forderung nach Teilnahme von Vertretern der österreichischen Völker an den Friedensverhandlungen. — Der Pole Jaworski erklärte, die Worte des deutschen Reichskanzlers über Polen, Litauen und Kurland, sowie die Erklärung des Grafen Czernin betr. den Polenstaat, erfüllten die Polen mit Vertrauen.

Wien, 18. Dezember. Die Arbeiterzeitung sagt: Wenn die Mittelmächte Rußland Vorschläge machen, die Lenin und Trotzki annehmen können, dann können dies nur Vorschläge sein, die für alle Völker, auch für England, Frankreich und Italien annehmbar sind. Diese Vorschläge werden vor der ganzen europäischen Oeffentlichkeit gemacht werden, werden also auch unseren westlichen Feinden nicht unbekannt bleiben. Die Völker Englands, Frankreichs und Italiens werden es erfahren, wenn wir Vorschläge machen, die für alle Völker annehmbar sind und sie werden Lloyd George, Clemenceau und Sonnino davonjagen, wenn diese die Annahme der Vorschläge zurückweisen.

•

Vertreter bei den Friedensverhandlungen. Berlin, 19. Dez. Neben dem Staatssekretär des Auswärtigen v. Kühlmann wird das Auswärtige Amt bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk durch den Direktor der handelspolitischen Abteilung Wirklichen Geheimen Rat Johannes vertreten sein.

Der Reichskanzler und Staatssekretär Kühlmann sind im Großen Hauptquartier. Graf Czernin und der türkische Außenminister Nessimi Bey reisen über Berlin nach Brest-Litowsk.

•

Sofia, 18. Dezember. Ministerpräsident Radoslawow gab in der Sobranje unter allgemeiner Aufmerksamkeit den mit Rußland abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag bekannt. Die Verlesung war von einmütiger Zustimmung aller Parteien begleitet.

Konstantinopel, 18. Dezember. Die amtliche Nachricht von dem Abschluß des Waffenstillstandes mit Rußland wirkte, namentlich im Zusammenhang mit der darauf folgenden Freiheit der Handelsschiffahrt auf dem Schwarzen Meere, sensationell. Das Volk reißt sich die Zeitungen aus den Händen. Ueberall gibt man der lebhaften Freude über das Ereignis Ausdruck.

Rumänien und der Waffenstillstand. Die Balkan-Agentur meldet offiziös aus Jassy: Die rumänische Regierung hat dem Abschluß des Waffenstillstandes amtlich zugestimmt.

•

Gegen falsche Gerüchte. Petersburg, 15. Dezember. Prawda widerspricht auf das Entschiedenste dem in der ganzen bürgerlichen und sozialpatriotischen Presse verbreiteten Gerede über deutsche Waffenstillstandsbedingungen, die bei den Besprechungen in Brest-Litowsk gestellt worden wären, daß, nämlich die Deutschen verlangt hätten: 1. Räumung von Petersburg, 2. Räumung von Finnland, 3. Entwaffnung Rußlands, 4 deutsches Monopol für Getreideausfuhr. Alle diese Mitteilungen seien unverschämte Lügen. Weder diese Bedingungen, noch irgend etwas Aehnliches sei in amtlicher oder privater Form gefordert worden. Ein für allemal müsse auch betont werden, daß nichts Derartiges in einem Bericht von der russischen Abordnung aus Brest-Litowsk gestanden habe.

Die Stimmung in Petersburg. Daily Telegraph erfährt aus Petersburg: Die russischen Abgeordneten haben nach Wiedereröffnung der Unterhandlungen über den Waffenstillstand darauf bestanden, daß keine deutschen Truppen von der Ostfront nach der Westfront gebracht werden. Jeder glaubt hier, daß der Frieden, und sehr wahrscheinlich ein allgemeiner Frieden, in kurzem aus den Unterhandlungen hervorgehen werde. Fest steht, daß, wenn kein anderer Frieden schließ', Rußland es bald tun wird. Der Gesandte v. Lucius ist nach Petersburg gereist, angeblich mit Genehmigung der Bolschewiki.

Austauschverkehr an der Ostfront. Neutrale Blätter berichten: An verschiedenen Fronten, besonders in der Gegend von Minsk, hat bereits ein Handelsverkehr begonnen. Die Deutschen tauschen dort Metallwaren gegen Lebensmittel ein.

•

Die Polen fordern Zulassung.

Berlin, 19. Dezember. Nach der Kreuzzeitung ist man an die Regierungen von Wien und Berlin mit dem Ersuchen herangetreten, auch die Vertreter des polnischen Volkes an den Friedensverhandlungen teilnehmen zu lassen. Eine Entscheidung über diese Frage sei bisher nicht erfolgt.

Diese Zulassung sollte selbstverständlich sein, sofern man wahr machen will, daß Polen Selbstbestimmungsrecht erhalten soll. Ueberdies müßten die Zugelassenen auch wirklich freigewählte Vertreter des polnischen Volkes sein.

•

Nur die Fraktionsführer.

Der deutsche Reichstag wird nicht berufen, er hat über den Frieden nicht mit zu beraten. Nicht einmal der Hauptausschuß soll einberufen werden, weil er „zu groß" sei und „die Verhandlungen nur erschwere". An Stelle dessen ladet der Reichskanzler die Fraktionsführer zu sich, um mit ihnen zu sprechen. Das ist bequem, denn das alles ist geleim, die Fraktionsführer können keine Beschlüsse fassen und die Regierung ist an keine Aeußerung gebunden.

Eine Berliner Meldung lautet: Zu der Konferenz der Führer der Reichstagsfraktionen am Donnerstag nachmittag beim Reichskanzler haben abweichend von der bisherigen Gepflogenheit auch die Unabhängigen Sozialdemokraten Einladungen erhalten. Es werden beim Kanzler erscheinen für die Unabhängigen Sozialdemokraten Haase, für die Sozialdemokratische Fraktion Ebert und Scheidemann, für die Fortschrittler Fischbeck, für die Nationalliberalen Stresemann, für das Zentrum Trimborn und Erzberger, für die Deutsche Fraktion v. Gamp, für die Polen Sendza, für die Konservativen Westarp, endlich werden auch der Präsident des Reichstages Dr. Kaempf und der Vorsitzende des Hauptausschusses Fehrenbach an der Aussprache teilnehmen.

Volksabstimmung im Osten?

Die bürgerliche Presse meldet Rosiges über die schönen Pläne der „Mehrheitsparteien". Es heißt da in einer Drohung:

„Man kennt in den Kreisen der Mehrheitsparteien, daß wir keinerlei Gebietserweiterung nach dem Osten anzustreben brauchten, und wünscht, daß das Hauptgewicht des kommenden Friedens auf den Ausbau unserer wirtschafts- und handelspolitischen Beziehungen zu Rußland gelegt werden möge. Ueber das künftige Schicksal der besetzten Gebiete solle eine Volksabstimmung der dortigen Bevölkerung nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes entscheiden, ohne Rücksicht auf irgendwelche politische Kombinationen, die doch nur immer wieder der Grund späterer Komplikationen werden müßten. Es sei selbstverständlich, daß ein derartiges Programm den heftigen Widerspruch der ganz rechts stehenden Kreise wecke, die bereits von einem Verzichtfrieden redeten. Die Mehrheitsparteien wollen sich jedoch unter keinen Umständen von ihrem Weg abbringen lassen und beabsichtigen sogar nicht einmal, interfraktionelle Beratungen über diesen Gegenstand mit den anderen Parteien abzuhalten."

Diese Meldungen sind weiter nichts als die Annahmen der betreffenden Zeitungsberichterstatter. In Wirklichkeit liegen die Dinge bei den „Mehrheitsparteien" ganz anders. Man vergleiche nur, was nationalliberale, fortschrittliche und zentrümliche Annektionisten letzter Tage veröffentlicht haben. Das Selbstbestimmungsrecht kam dabei am schlechsten weg. Würde man allerseits den Grundsatz der Selbstbestimmung für die Friedensverhandlungen wählen und befolgen, so wären diese Verhandlungen sehr einfach und der Frieden in einigen Tagen durchgesetzt.

Die Entscheidung fällt wo anders!

Eine spätere Meldung besagt: Wie weiter berichtet wird, dürfte der ganze Streit jedoch ziemlich unnötig sein. Die wirkliche Entscheidung über den kommenden Frieden fällt in diesen Stunden bei den Beratungen im Großen Hauptquartier.

Das stimmt. Laut Verfassung entscheidet nicht die Volksvertretung über Krieg oder Frieden, nein, die hat in solchen Lebensfragen des Volkes überhaupt nichts zu sagen. Ob die Regierung schließlich einen selbständigen Willen aufbringt und durchzusetzen versteht, darüber kann nichts vermutet werden. Wer da weiß, wie sogar der starke Bismarck nur teilweise seine Ansicht gegenüber der militärischen Seite durchsetzen konnte, wird hier vorsichtig sein.

Die Strafe für Kriegsfortsetzung.

Die Londoner Times meldet aus Petersburg, daß die Volkskommissare angeblich beabsichtigen, alle ausländischen Anleihen zu annullieren, sobald mit Sicherheit feststeht, daß die Alliierten sich weigern, an den Friedensunterhandlungen teilzunehmen.

•

Friedenssehnsucht in den Ententeländern.

Aus Stockholm wird berichtet: Bekanntlich richtete die Bolschewiki-Regierung an die Demokratie der Ententeländer einen Aufruf, in dem sie aufgefordert wurde, mit allen Kräften für einen allgemeinen Frieden einzutreten. Die französischen Minderheitssozialisten haben darauf geantwortet, daß Frankreich überhaupt kriegsmüde sei, es herrsche eine allgemeine Sehnsucht nach dem Frieden; dieselbe Sehnsucht sei in den Kreisen der englischen Arbeiter zu finden. Die Minderheitssozialisten glauben, daß eine Friedenspropaganda in Frankreich die besten Aussichten auf einen großen Erfolg hätte. Es wird auf jeden Fall versprochen bei der französischen Regierung darauf hinzuwirken, daß die Ententekriegsziele einer Revision unterzogen und veröffentlicht werden sollen.

•

Kriegszieldebatten in England.

Aus London wird berichtet: Am Mittwoch werden im Unterhause die Debatten über Kriegsziele stattfinden. Es wird bei der Regierung energisch darauf gedrungen werden, die Kriegsziele Englands bekannt zu geben. Die öffentliche Meinung ist sehr für eine klare Festlegung der Kriegsziele der Alliierten. Man hofft, daß der Premierminister oder Balfour eine Erklärung abgeben wird. Die Arbeiterpartei verlangt fast einstimmig eine Revision der Kriegsziele und ihre neuerliche Bekanntgabe.

•

Gewalt gegen Friedensfreunde.

Der Militarismus ist sich überall gleich. Gegen die entschiedene Friedenspropaganda kennt er nur Unterdrückung und Gewalt. So wird aus Paris gemeldet: Der Justizausschuß der Kammer verhandelte über den Gesetzesantrag des sozialistischen Abgeordneten Delahaye, der pazifistische Aeußerungen mit der Todesstrafe bedroht. Der Ausschuß hörte den Bericht des Justizministers. Dieser erklärte: Die Regierung lehne den Vorschlag Delahaye ab, beabsichtige aber andererseits, eine Novelle zum Gesetz vom 4. August 1914 über den Kriegszustand einzubringen, durch welche die die Notwehr betreffenden Gesetzesbestimmungen verschärft würden. Unter das Gesetz würden demnach zukünftig auch pazifistische Aeußerungen fallen. Als Höchststrafe seien fünf Jahre Gefängnis vorgesehen. Die Novelle werde genügend Handhaben bieten zur Unterdrückung pazifistischer Propaganda.

Nein, das ist nicht wahr. Denn den Geist der Verständigung kann man nicht ins Gefängnis sperren. Er wird sich erheben gegen das imperialistisch-militärische Gewaltregiment.

Auch in Italien herrscht der Terror gegen die Friedensfreunde. Ministerpräsident Orlando sucht durch immer zahlreicher werdende Verhaftungen und Anklagerhebungen gegen die Giolittianer die mächtig im Wachsen begriffene Friedensbewegung zu unterdrücken. Ein intimer Freund Giolittis, Grasso Campana, wurde unter der Beschuldigung verräterischen Umtriebe in Untersuchung genommen. Der Kammer liegt ferner ein Antrag des Justizministers auf Aufhebung der Immunität einiger sozialistischer Abgeordneter vor.

•

Nach eine Ladung Geheimverträge! Die Londoner Morning Post meldet aus Lissabon: Die neue portugiesische Regierung kündigt die Veröffentlichung der Geheimverträge der früheren Regierung mit der Entente an.

Die Ostafrikaner, die aus Tabora nach Frankreich verschickt wurden, sind jetzt endlich über die Schweiz freigegeben worden darunter 150 Frauen und Kinder.

Die Schweizer Neutralität. Bern, 18. Dezember. Der neue Bundespräsident Calonder erklärte, er habe den festen Willen, die strikteste, gewissenhafteste und loyalste Neutralität einzuhalten. Der Bundesrat sei mit ihm darin einig, daß diese Richtlinie eingehalten werden müßte.

Schwedische Hilfe für Finnland. Stockholm, 18. Dezbr. In einer von über 2000 Personen besuchten Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, die Initiative zur Hilfeleistung für das von Hungersnot bedrohte Finnland zu ergreifen und auch andere Regierungen zu ersuchen, Finnland Hilfe zu leisten. Als Redner traten auf die Professoren Montelius und von Wendt, Erzbischof Söderblom, die Schriftstellerin Ellen Key, der sozialistische Abgeordnete von Stockholm Pastor Kleofed, Bürgermeister Lindhagen, Professor Knut Kjellberg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171219-14/fragment/page=0001

Rußland.

Die russische Regierung und die Reichen.

Beschaffung von warmer Winterkleidung. Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat hat über Requirierung warmer Sachen für die Soldaten an der Front folgende Verfügung getroffen: 1. In Petersburg sind in jeder reichen Wohnung je eine warme Decke und ein warmes Kleidungsstück beschlagnahmt. Alle zu liefernden Sachen müssen sich in gutem Zustande befinden. Wer unbrauchbare Sachen liefert, hat eine Geldbuße bis zu 500 Rubel zu gewärtigen. 2. Als reiche Wohnung gilt jede einzelne Wohngelegenheit, für die 2400 oder mehr Rubel Miete gezahlt werden. Zwecks Kontrolle der eingebenden Sachen sind die Inhaber reicher Wohnungen verpflichtet, sofort, spätestens bis zum 12.-25. November, unter Androhung einer Strafe von 500 Rubel, eine Erklärung über die von ihnen für die Front zu liefernden warmen Sachen in zwei Ausfertigungen abzugeben. Mit der Requirierung dieser Wintersachen werden die Wohnungs-Komitees beauftragt. Die russische bürgerliche Presse ist auch über diesen Erlaß der Bolschewiki sehr entrüstet, obwohl dazu kein Grund vorliegt.

Revolutionsfeindliche Botschafter. Petersburg, 17. Dez. Der Botschafter in Tokio, Krupenski, und der Botschafter in London, Nabokow, werden vor ein revolutionäres Gericht gestellt werden, weil sie falsche, die Regierung der Volkskommissare bloßstellende Gerüchte verbreitet haben. Falls sich die Botschafter dem Gericht nicht stellen, werden ihre Güter eingezogen werden.

Die russische Handelsflotte ruhlos für die Entente. Aus London wird gemeldet, daß die russische Regierung an alle russischen Schiffe einen Befehl übermittelte, den Transport von Munition und Kriegsmaterial für Länder der Entente und Rußland einzustellen. Die für russische Rechnung geladene Munition soll eventuell in neutralen Häfen gelöscht werden. Die russischen Schiffe sollen in neutralen Häfen die Anweisungen der russischen Regierung bezüglich der neuen Fahrt und Ladung abwarten, die tunlichst aus Lebensmitteln und sonstigen Erzeugnissen, deren Rußland dringend bedarf, bestehen soll. — Der vorliegende Befehl der russischen Regierung ist eine logische Folge aus dem Absatz V der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, in dem vereinbart wird, daß auf Grund noch zu treffender Abmachungen gegenseitige Angriffe auf die Handels- und Kriegsschiffe nach Möglichkeit seien jetzt unterbleiben sollen.

Aus Amerika.

Aus London wird gemeldet: Amerikanische Sachverständige haben entgegen den phantastischen Meldungen der amerikanischen Kriegspresse zugegeben, daß Amerika binnen Jahresfrist nicht mehr als 100 000 Mann nach Europa senden könne. Größere Transporte seien undurchführbar, weil in den amerikanischen Häfen alle Lagerhäuser mit versandfertigen Lebensmitteln und Munition voll lägen, die wegen Schiffsmangels nicht nach Europa gebracht werden können. Bei der Abfahrt aus Amerika hörten Reisende, die soeben in London eintrafen, von Schwierigkeiten, die Mexiko bereiten könne, weshalb amerikanische Soldaten zurückgehalten werden. Im März muß Amerika die Getreidetransporte nach Europa einstellen, weil dann nur noch drei Vierteltrationen für den amerikanischen Bedarf vorhanden sind. Neuyorker Blätter hatten am 1. Dezember berechnet, daß Amerika seit Kriegsbeginn mit Deutschland 6 Kriegsschiffe, 38 Handelsschiffe und 961 Menschen verloren hat.

In Amerika ist der Sozialdemokrat Frederic Kraft zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er in einer Rede zu Newark die Regierung der Vereinigten Staaten wegen der Teilnahme am Kriege kritisierte und ihr Recht bezweifelte, Soldaten nach Frankreich zu senden.

Erst 40 000? Das Berner Tageblatt berichtet: Verlässlichen Nachrichten zufolge kann heute die Stärke der Amerikaner im Westen auf 40 000 Mann bezifffert werden, von denen über ein Viertel uniformierte Eisenbahner sind, die lediglich den Bahnbau hinter der Front übernehmen sollen, ferner ein ganzes Regiment von Holzarbeitern sowie zahlreiche technische Formationen, Sanitätskolonnen, Trains und ein Fliegerkorps.

*

So werden die Volksmassen eingeseift!

London, 18. Dezember. Die Unterhausdebatte über einen von der Regierung angeforderten Betrag für den sogenannten Kriegszielausschuß gibt einen Einblick in die unter Carsons Leitung stark betriebene Scharfmacherei, durch welche die englische Regierung die Kriegsmüden bei der Stange zu halten versucht. Versammlungen, Vorträge und Lichtbildervorführungen hat der Ausschuß in allen Teilen des Landes veranstaltet und fünf Millionen Flugschriften verteilt.

Die pazifistische Gruppe des Unterhauses lehnte die Bewilligung mit der Begründung ab, daß **nach Eingeständnis der Regierung diese Stimmungsmache der Bekämpfung der pazifistischen Propaganda diene.** Regierungsgelder aber nicht für eine innerpolitische Werbetätigkeit verwandt werden dürften.

Outwaite rief, dieser Feldzug bezwecke lediglich, die gegenwärtige tyrannische Regierung im Amte zu erhalten.

Der Nationalist Dillon rügte es, daß die Regierung nicht angebe, für welche Kriegsziele sie im Lande werbe. Wie könne sie aber nach Veröffentlichung der Geheimverträge die Unverfrorenheit haben, dem Unterhause zu sagen, daß die Einzelheiten der Kriegsziele erst in der Friedenskonferenz festgesetzt werden würden; gewisse Einzelheiten seien ja hinter dem Rücken des Volkes in jenen Verträgen festgelegt worden. Da die Regierung sich nicht über ihre Kriegsziele erklärte, sei es himmelschreiend, vom Parlamente unbegrenzte Mittel für eine ungeheure Organisation zur „Aufklärung" des Volkes über die Kriegsziele zu verlangen, außerdem könne das Verharren bei diesem blinden Kurse ohne klare Verständigung mit den Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien über die wirklichen Kriegsziele der Alliierten verderblich werden. Dillon legte ferner Verwahrung gegen Carson als Leiter dieser Stimmungsmache ein, dessen Reden großen Schaden anrichteten, und der unlängst den Vorschlag eines Völkerbundes verhöhnt habe; diese abfällige Kritik des Völkerbundes sei geradezu eine Herausforderung Wilsons, um so bedenklicher, als es nachgerade ganz klar sei, daß England den Krieg verlieren würde, sofern es kein inniges Einvernehmen mit Wilson und den Vereinigten Staaten aufrechterhalte.

Der Liberale Holt empfahl, das Haus möge **alle von der Regierung beantragten Kredite ablehnen,** bis sie erkläre, welches die Kriegsziele der Nation seien.

*

Hollands Protest gegen die deutsche Regierung. Haag, 17. Dezember. Das Korrespondenzbureau erfährt, daß die holländische Regierung anläßlich der jüngsten Erklärung Deutschlands über die Beschränkung der Schiffahrt auf der freien See, namentlich wegen der Erschwerung der Fahrt nach England, protestiert hat.

Aus Portugal. Wie Temps meldet, beabsichtigt die neue portugiesische Regierung das allgemeine Wahlrecht wieder einzuführen, d. h. den Analphabeten, die 75 Prozent der Bevölkerung Portugals ausmachen, die Wahlbeteiligung zu gestatten.

Weitere Schiffsversenkungen. Berlin, 18. Dezember. Neue U-Bootserfolge im Sperrgebiet um England: 17 000 Br.-R.-T. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete französische Dampfer Jeanne Conseil (2800 T.) mit Oel von Algier nach Bordeaux, sowie zwei größere Dampfer, die ein Armeellanal aus einem durch Zerstörer stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen wurden. Außerdem wurde an der **französischen Westküste gegen den bewaffneten französischen Dampfer Lexos (6674 T.), der als Spähenschiff eines von Westen kommenden durch Zerstörer und U-Bootsjäger stark gesicherten Geleitzuges fuhr, ein Torpedotreffer erzielt.** (Amtlich.)

Die Tuberkulose wütet in Frankreich. Paris, 16. Dezbr. Rappel vom 15. Dezember schreibt: „Es war eine ernste und beängstigende Sache, die gestern Louis Martin im Senat in Form einer Interpellation zur Sprache brachte, einer Interpellation, die das furchtbare Wüten der Tuberkulose in der Danzsischen Armee erwähnte; er zeigte an Hand statistischer Daten, die beängstigenden Fortschritte der Krankheit und berichtete, daß die Amerikaner Frankreich bereits als einen wahren Herd der Schwindsucht ansehen. Nicht nur um die Alliierten zu beruhigen, sondern vor allem, um die Zukunft unserer Rasse zu schützen, verlangt er dringend energische und wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung dieser entsetzlichen Krankheit."

Das System Waldow.

Sogar die bürgerliche Presse muß sich über die „Ernährungspolitik" des Kriegsernährungsamtes empören. Sie tut das in kräftigen Worten, aber klammert sich, oberflächlich wie sie ist, an eine Person, an den Leiter von Waldow. Zwar gehört die Person zum System, aber das System ist nicht nur die Folge einer Person. Es ist eben das preußisch-agrarische! Dies System gilt es zu bekämpfen. Im übrigen sei gern zitiert, was z. B. das Berliner Tageblatt über Herrn von Waldow und sein System schreibt:

„Seit Herr v. Waldow im Kriegsernährungsamt eingezogen ist, hat diese Reichsstelle im Nu auch den letzten Rest von Volkstümlichkeit verloren. Täglich mehr bekommen es die Konsumenten zu fühlen, daß hier nicht für, sondern gegen sie regiert wird, und daß alles und jedes immer nur von dem einseitigen Standpunkte des Produzenten betrachtet und gewertet wird. Wir sind die Letzten, die nicht wissen, daß erst einmal etwas vorhanden sein muß, ehe man ans Verteilen schreiten kann, und daß die Förderung der Produktion aus diesem Grunde allem anderen voran gehen muß. Wohl aber müssen wir eine Politik für verfehlt halten, die dem Produzenten immer höhere Preise bewilligt, um sie bei guter Laune zu erhalten, und die ihnen obendrein noch die Möglichkeit gibt, auf dem Wege des Schleichhandels das drei-, vier- oder fünffache des regulären Höchstpreises zu verdienen. Das bedeutet eine Ausbeutung der Konsumenten, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann, das führt zu einer Umwertung aller moralischen Begriffe, die letzten Endes eine völlige Erschütterung der staatlichen Autorität im Gefolge haben muß.

Die Ernährungspolitik des Herrn v. Waldow geht, so weit sich das heute schon übersehen läßt, von zwei Gesichtspunkten aus. Einmal werden die staatlich garantierten Rationen verkürzt. Das ist beim Brot der Fall. Das tritt mit dem 1. Januar beim Fett ein. Das tritt auf die Kartoffel zu, deren Portionen, trotz der überraschend guten Ernte, nicht ein Quent um die sehr bescheidenen sieben Pfund auf den Kopf der Bevölkerung in der Woche erhöht werden. Das läßt sich schließlich auch vom Fleisch sagen, dessen Zulagerationen längst schon wieder aufgehoben sind. Intelligenteren sind wir mit der Zeit dahin gekommen, daß der Städter pro Tag ein Pfund Kartoffeln, etwa 86 Gramm Fleisch, ungefähr 278 Gramm Brot und 11 Gramm Fett (in Zukunft nur 9) zu verzehren hat. Was er sonst noch bekommt, hängt ganz vom Zufall und dem Umfange seines Portemonnaies ab. Denn für Geld ist heute mehr denn je alles zu haben. Man braucht kaum noch über besondere „Beziehungen" zu verfügen. Der Schleichhandel pocht ungeniert an jede Tür, ohne den hinteren Aufgang für Dienstboten und Lieferanten zu benutzen.

Die Verkürzung der Rationen bedeutet für zahllose Produzenten ein glänzendes Geschäft. Denn nun können sie, erheblicher noch als bisher, im „freien Verkehr" an ihren Artikeln als da sind: Wurst, Butter, Milch, Käse, Fleisch, Eier usw. zu den höchsten und allerhöchsten Preisen umsetzen. Dieses (negative) System, das Herr v. Waldow hislang mit liebevollem Eifer gefördert hat, will er nun auch noch positiv ausbauen, indem er bloß einen Teil der landwirtschaftlichen Produkte zwangsweise zur Verteilung heranzuziehen und den anderen durch Lieferungsverträge zu erfassen beabsichtigt, wobei ein Preiswettlauf mehr oder weniger gestattet ist. Damit macht sich, mit der Kartoffel beginnend, Herr v. Waldow das Programm des Herrn v. Oldenburg-Januschau zu eigen, der sich folgendes ertragreiches System ausgedacht hatte: Man verlange vom Produzenten nur einen bestimmten Pflichtteil zu „normalen" Preisen, den anderen aber lasse man den Landwirt „freihändig" verkaufen, das heißt, zu jedem beliebigen Preise abgeben. Denn wie die Dinge nun einmal liegen, bekommt der Produzent bei der überaus starken Nachfrage nach jedem, auch nur winzigen Bruchteile seine Produkte fast alle Preise vom Konsumenten bewilligt, die er fordert.

Die Denkschrift des Neukölner Magistrats, die Herr v. Waldow, aus sehr begreiflichen Gründen, mit allen Mitteln der Bureaukratie unterdrücken wollte und die jetzt doch den Weg in die Oeffentlichkeit gefunden hat, zieht unbarmherzig den Schleier von dieser unheilvollen Politik. Alles in, erzählt uns diese Denkschrift, in Tausenden von Zentnern, auf illegalem Wege zu haben, wenn man tüchtig Geld in seinen Beutel tut, und während das Handlässchen der reisenden Dame streng auf gehamsterte Lebensmittel kontrolliert wird, hat das Auge des Gesetzes nicht die ganzen Waggonladungen von Waren gesehen, die sich große Industriewerke oder städtische Gemeinden auf verdeckten Spuren besorgt haben. Ja, mehr noch, selbst Reichsbehörden haben sich an diesem Schleichhandel in ausgiebigstem Maße beteiligt. Wo ist der deutsche Gogol, der einen neuen „Revisor" schriebe!

Herr v. Waldows Zeit ist erfüllt. Seines Bleibens ist kein Platz mehr; denn dieser Skandal schreit gen Himmel. Es fragt sich nur, was dann? Die Neukölner Denkschrift macht einen neuen Vorschlag und fügt damit zum tausendsten den tausendundersten. Sie fordert **die Erfassung und Beschlagnahme sämtlicher Lebensmittel am Produktionsorte und die Beaufsichtigung der Erzeugerstätten, Lieferungsverbände und Verteilungsstellen durch eine Ueberwachungskommission, in der die Verbraucher das Uebergewicht haben sollen.** Vielleicht führt uns das einen Schritt weiter, oder richtiger, einen Schritt zurück zu Verhältnissen, die wieder einigermaßen mit der öffentlichen Moral in Einklang zu bringen sind. Vor allem, und das lehrt uns jeder Ethiker, von Plato über Kant bis Tolstoi, kommt es auf die Erneuerung der menschlichen Gesinnung an. Muß man aber heute nicht gerade daran zweifeln? Herr v. Waldow hat es jedenfalls in seiner einseitigen Wirtschaftsauffassung an jeder gemeinnützigen Gesinnung fehlen lassen, die man von einem Manne an so hervorragender Stelle unbedingt fordern muß. Darum mag er seinen Platz einem anderen räumen, der mit neuem Geiste an die gewiß sehr schwierigen Aufgaben herantreten muß."

*

Wie die Agrarier drohen!

Landwirte bitten mal wieder, indem sie gleichzeitig drohend mit der Mütze eines Erzeugerstreiks winken. Die Landwirtschaftskammer Posen richtet an das Reichsernährungsamt die Bitte, die dortigen Landwirte teilweise ihrer Kartoffelpflicht zu entbinden. Man will weniger Kartoffeln abgeben, als nach der Lieferungsauflage zur Verfügung gestellt werden müssen. Wörtlich wird dazu in der Eingabe bemerkt:

„**Wird diesem Verlangen nicht entsprochen, so ist ein weiterer Rückgang des schon jetzt erheblich verminderten Kartoffelanbaues in der Provinz Posen die notwendige Folge. . . . Die Landwirtschaftskammer . . . macht andernfalls die entscheidenden Behörden für die katastrophalen Folgen auf die Posener Landwirtschaft und die gesamte Ernährungsproduktion verantwortlich.**"

Da man niemals hört, daß dergleichen „zarte" Winke für ihre Urheber böse Folgen hätten, so könnte man sich beinahe versucht fühlen, den Arbeitern zu raten, nach dem gleichen, meist erfolgreichen Rezept ihre Forderungen geltend zu machen. Wir raten jedoch ab. Den „Hetern" könnte ein derartiges Vorgehen sehr schlecht bekommen. Sie sind keine Agrarier.

Eins treibt das andere.

Die Preise für ländlichen Grundbesitz klettern in die Höhe. Besonders kleinere Güter sind von Herrschaften sehr begehrt, die so schnell als möglich „Selbstversorger" werden möchten. Jüngst erklärte nun der Landrat von Höhscheid (Rheinland), daß er gegen derartige Käufe entschieden einschreiten wolle. Kleinere Besitzungen seien in verhältnismäßig kurzer Zeit um das Mehrfache gestiegen. Ein vier Morgen großes Gütchen wurde vor etwa drei Jahren zu 4500 Mk. verkauft. Ein erneuter Verkauf vor einem Jahre brachte es auf 10 000 Mk. Kürzlich wurde es zu 13 000 Mk. und vor einigen Tagen sogar zu 20 000 Mk. wiederverkauft. Ein anderes Besitztum stieg innerhalb zweier Jahre um 10 000 Mk. im Werte; jetzt wechselte es seinen Besitzer, weil der neue Liebhaber 13 000 Mark bot.

Dies Steigen ist durch die ungeheuren Preistreibereien für Lebensmittel sehr erklärlich. Nur wird umgekehrt die Verteuerung der Güter wieder als Grund für die Preiserhöhung der Lebensmittel angeführt — und so weiter ohne Ende.

Schnapsgewinne.

Immer wird behauptet, für das Erzeugen von Schnaps würden nur sehr geringe Mengen von Kartoffeln, Korn und sonstige der menschlichen Ernährung unmittelbar dienende Früchte hergegeben. Da muß es auffallen, daß die Schnapsfabriken trotzdem so große Gewinne herausbringen. Da hat z. B. die Conrad A.-G. für Brauerei und Kornbrennerei in Stettin, bei nur 750 000 Mk. Grundkapital, im letzten Jahre 271 690 Mk. Gewinn erzielt, über 36 Prozent des Aktienkapitals. Für Abschreibungen waren vor Ermittlung des Gewinnes bereits 77175 Mark abgesetzt worden. Die Brenner haben kürzlich dringend die Freigabe von Rohstoff für Schnaps verlangt, damit die blühende Industrie nicht zugrunde gehe. Wir sind der Meinung: eher soll die ganze „blühende" Schnaps-Industrie verkrachen, als daß einem Proletarierkinde auch nur ein Pfund Brot, nur ein Kilogramm Kartoffeln entzogen wird.

Regierungssozialistische Kriegspolitik.

Der bekannte Auslands-Mitarbeiter des Berliner Tageblatts, Herr Hans Powitz, der so manche „Größe" in der bürgerlichen und regierungssozialistischen Presse an ruhiger Sachlichkeit und politischer Einsicht übertrifft, veröffentlicht jetzt in der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung eine Abhandlung über die Politik der Friedensangebote, in der er die auswärtige Politik Deutschland einer scharfen Kritik unterwirft. Entweder, meint er, hätte diese Politik sich für einen „deutschen Frieden" erklären sollen, der Deutschland die Vorherrschaft in der Welt sichert, oder sie hätte dem Volke ein großzügiges Friedensprogramm geben müssen. Nur nicht das „unentschlossene Schielen nach ein wenig Kurland, Litauen und Polen, unklare Reden über Flandern" und „ebensowenig die Zögernden und zaghaften Zugeständnisse an das pazifistische System".

Da diese Kritik nicht nur die offizielle deutsche Politik, sondern auch die mit ihr verbündeten und ihr Handlanger-Dienste leistenden Regierungssozialisten ins Herz trifft, ist es kein Wunder, daß einer ihrer „hervorragenden" Barden empört gegen diese Kritik Front macht. Herr Wilhelm Janssen ist es, einer der Leiter der Generalkommission der Gewerkschaften und Intimus des geschäftstüchtigen Kriegs- und Friedensspekulanten, Dr. Helphand-Parvus. Er lehnt in einem Artikel in der Glocke mit aller Entschiedenheit die von Powitz formulierte Alternative ab, denn eine Regierungserklärung auf der Grundlage des alldeutschen Programms müßte sowohl nach innen wie nach außen ein „nie gutzumachendes Unheil heraufbeschwören", während andeseits ein detailliertes Friedensprogramm vollkommen zwecklos sein würde. Schon das Friedensprogramm des holländisch-skandinavischen Komitees in Stockholm sei ohne jegliche Wirkung verpufft. „Und nun stelle man sich vor, eine kriegführende Regierung wollte ein detailliertes Friedensprogramm vorlegen, etwa keine Annektionen, keine Kontributionen, Selbstbestimmungsrecht der Völker . . . Nach Lage der Dinge könnte das bestenfalls Stoff zu Zeitungsartikeln und Versammlungsreden geben; praktische politische Ergebnisse wären aus dem Grunde davon nicht zu erwarten, weil einstweilen noch nur das Schwert realpolitischen Wert hat."

Klingen schon diese Worte recht hübsch im Munde eines führenden Mannes einer Partei, die sich Leiser redet, um zu beweisen, nicht nur sie, sondern auch die Regierung wolle nichts sehnlicher als „friedliche Verständigung" der Völker, ohne Annektionen und Kontributionen auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Völker, so enthüllen die weiteren Bekenntnisse Janssons mit voller Deutlichkeit, wie es um den „Friedens- und Verständigungswillen" unserer Regierungssozialisten in Wirklichkeit bestellt ist.

„Das ist — deklamiert er — die eine große und ausschlaggebende Tatsache: Der Krieg wird mit militärischen, nicht mit politischen Mitteln und Methoden entschieden. Solange die endgültige Entscheidung aussteht, ist jedes Friedensprogramm verurteilt, durch die militärischen Ereignisse überholt zu werden. Noch vor wier Wochen konnte daran gedacht werden, Italien gewisse Konzessionen im Rahmen der Angebote Oesterreich-Ungarns vom Frühjahr 1915 zu machen. Wer heute der Donau-Monarchie das zumuten würde, riskierte ausgelacht zu werden. (!) Jede militärische Entscheidung verändert die Situation auch dann, wenn man sich über gewisse große Prinzipienfragen des einmal kommenden Friedens klar und einig ist. Im Sommer 1917 war der sogenannte „Scheidemannfrieden" deutschersits eine realpolitische Möglichkeit, ob er es in einem Jahre ist, vermag heute niemand zu sagen. (!) Die Gegner haben ihn abgelehnt, weil sie mehr vom Kriege erhofften; wenn der Krieg ihnen weniger bringt, ist es ihre eigene Schuld."

Herr Janssen verkundet also ohne Umschweife, der „Scheidemannfrieden" vom Sommer 1917 gehöre jetzt der Vergangenheit an. Die Voraussetzungen, die ihn damals zu einer realpolitischen Möglichkeit" machten, haben sich nach seiner Ansicht so sehr zugunsten Deutschlands verschoben, daß man den „Scheidemannfrieden" samt dem Bastard der Friedensresolution vom 10. Juli ruhig beiseite werfen kann. Die Friedensdeklamationen seien durch die „militärischen Ereignisse überholt" worden. Deshalb kann man jetzt die etwas eingerostete Kriegstrompete wieder hervorholen und in den Spuren Heilmanns wandeln, als jener erklärte: „Ich gehe zum Hindenburg!"

„Heilmann — schreibt Janssen — hat einmal erklärt, er gehe zu Hindenburg, was ihm von pseudo-radikaler Seite sehr verübelt wurde. Aber die Methoden Hindenburgs leisten doch die größere Friedensarbeit und bieten mehr Verlaß, als die jener Rundversumpolitiker, die ihre Stellung zu den Kriegsproblemen öfter wechseln als ihr Hemd. Da der Krieg weder durch die Diplomaten noch durch die Zeitungsschreiber entschieden wird, sondern durch die Soldaten, ist es allemal richtiger, auf die Hindenburgsche Karte zu setzen."

Dieses gläubige Vertrauen in die „Hindenburgsche Karte" macht freilich, nach Janssen, unsere Friedensarbeit nicht über-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191712 19-14/fragment/page=0002

[illegible] Sie ist vielmehr notwendig, um die Massen — „für die Friedenszeit" vorzubereiten, ihren Blick für die kommenden gemeinsamen Interessen zu lenken und sie des Hasses langsam zu entwöhnen". Mehr dürfe von ihr nicht erwartet werden, — ausgenommen allerdings den Fall, wo Friedensprogramme „die Propaganda" fördern können! Aber auch dann werden sie um so weniger Erfolg haben, je länger und detaillierter sie sind. —

Dies das wesentlichste aus den Bekenntnissen Jansons, denen man mindestens die Anerkennung zollen muß, daß sie offen sind. Welche Folgerungen freilich die Arbeiter aus einer derartigen regierungssozialistischen Kriegspolitik, die sich „Friedensförderung" nennt, ziehen werden, steht wo anders geschrieben.

Politische Uebersicht.

Das Block-Theater.

Wie mitgeteilt, hat der Fortschrittsführer Müller-Meiningen erklärt, daß die berühmte „Friedensresolution" des Reichstages abgetan und jetzt „weitere Kriegsziele" in Frage kämen. Nun kommt auch die Zentrumsfraktion des Reichstags und veröffentlicht in der Germania eine Erklärung, die einwandsfrei feststellt, daß auch in den Augen des Zentrums die Reichstagsresolution vom 19. Juli zerrissen ist, und daß an ihre Stelle im Programm der Reichstagsmehrheit die deutsche Antwort auf die Papstnote getreten sei. In dieser Erklärung heißt es:

„Betreffs des Verständigungsfriedens, der keineswegs identisch ist mit dem — auch von der Zentrumsfraktion ausdrücklich abgelehnten — sogenannten Verzichtfrieden, ist die Haltung der Fraktion durch deren Vertreter, die Abgeordneten Fehrenbach und Trimborn, klar und unzweideutig klargelegt worden. Danach steht die Fraktion vollständig auf dem Boden der Antwortnote der Reichsregierung auf die Papstnote und den gleichlautenden Erklärungen des Reichskanzlers Graf Hertling. Keinerlei Gegensatz besteht in diesen durch die Antwortnote behandelten Fragen zwischen der Zentrumsfraktion und der Reichsregierung, sowie der Obersten Heeresleitung. Für die übereinstimmende Haltung der Reichsregierung und der weit überwiegenden Mehrheit des Reichstags, die sich deckt mit der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, waren nationale Gründe unter Ausschluß jeder Schwäche entscheidend. Das vaterländische Interesse wird auch bei der zukünftigen Behandlung der Kriegs- und Friedensfragen für die Zentrumsfraktion Leitstern und Richtschnur bleiben."

Die Erklärung wendet sich sodann gegen den Vorwurf, das Zentrum sei einem Linksblocke beigetreten. Es habe sich heute so wenig wie jemals früher irgendeinem Block angeschlossen. Diejenigen Fraktionen, die sich zu den „Interfraktionellen Besprechungen" zusammengefunden hätten, seien dabei von der nationalen Erwägung ausgegangen, daß für die Kriegsdauer sich eine Reichstagsmehrheit zur ruhigen und gedeihlichen Abwicklung der Reichstagsgeschäfte mit dem Endziel der glücklichen Beendigung des Krieges zusammenfinden müsse. Die Ausschaltung irgendeiner Partei sei nicht beabsichtigt. Die den „Interfraktionellen Besprechungen" ablehnend gegenüberstehenden Parteien hätten sich durch ihr Verhalten selbst ausgeschlossen. Weiter wird dann hervorgehoben, daß die Zentrumspartei auch jetzt von ihrem Programm und ihrer Ueberlieferung nicht abgewichen ist und nach wie vor nachdrücklich die Interessen von Kirche und Schule wahrt.

Ob nur die Sozialisten Scheidemannscher Couleur zugeben werden, welche klägliche Rolle sie im Mehrheitsblock spielen? Nachdem es klar war, daß ein großer Teil von Zentrum und Nationalliberalen nicht für die Durchführung der preußischen Wahlrechtsreform eintreten würden, klagte ihr Parteivorstand melancholisch in einem Aufruf: Was soll man dazu sagen, wenn Zentrum und Nationalliberale die Vereinbarungen nicht halten? Was soll man dazu sagen, wenn die Sozialisten sich allen Ernstes einbilden, bei bürgerlichen Parteien tatkräftige Unterstützung für demokratische Ziele zu erlangen? Was soll man dazu sagen, wenn sie angesichts klarer Erklärungen gleich der Erklärung der Zentrumspartei immer noch behaupten, die Mehrheit des Reichstages fuße auf der Resolution vom 19. Juli, und dazu noch im Sinne eines demokratischen Friedens. Und was soll man erst dazu sagen, wenn sie gar noch behaupten, daß auch die Regierung auf diesem Standpunkte stehe? Diese Voraussetzung ihrer Politik ist durch die Ereignisse gründlich als falsch erwiesen worden.

Zur Durchsetzung der ungarischen Wahlreform.

Budapest, 16. Dezember. Anläßlich der Einbringung des Wahlrechtsgesetzentwurfes im Reichstage steht im Vordergrund des innerpolitischen Interesses wieder die Konzentration der Parteien oder die Schaffung einer einheitlichen Regierungspartei. Wie verlautet, beabsichtigt Ministerpräsident Wekerle das Programm der zu gründenden einheitlichen Regierungspartei zu entwickeln und auf Grund dieses Programms die Abgeordneten zum Beitritt in die Partei aufzufordern. Man verkennt nicht, daß der Gründung einer neuen Regierungspartei noch große Schwierigkeiten entgegenstehen, da bekanntlich alle interessierten Parteien für die Teilnahme an der Parteigründung ihre besonderen Bedingungen gestellt haben, die erfüllt und miteinander in Einklang gebracht werden müssen.

Kleine politische Nachrichten.

Giesberts im Reichswirtschaftsamt. Wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, ist der Reichs- und Landtagsabgeordnete Giesberts in das Reichswirtschaftsamt als „sachverständiger Berater des Staatssekretärs für die Arbeiterinteressen" eingetreten und der sozialpolitischen Abteilung des Amts zugeteilt. Sein Arbeitsgebiet wird die Fortbildung des Arbeitsnachweiswesens, die Arbeitslosenfürsorge, die Errichtung von Arbeitskammern, die Förderung des gewerblichen Einigungswesens u. a. umfassen.

Heraufsetzung der Pfändungsgrenze. Durch eine soeben veröffentlichte Verordnung des Bundesrats wird die pfändungsfreie Lohnsumme von 1500 Mk. auf 2000 Mk. heraufgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Der erste Schlichtungsausschuß für Angestellte. Der Verband der Bureauangestellten hat unter Ueberwindung heftiger Schwierigkeiten mit dem Berliner Anwaltsverein die Einsetzung eines freiwilligen Schlichtungsausschusses vereinbart, der unter Mitwirkung der beiderseitigen Organisationen auftretende Streitigkeiten schlichten, insbesondere Klagen über Gehälter, Arbeitszeit, Behandlung, Nicht-Wiedereinstellung zurückkehrender Kriegsteilnehmer, Einstellung von Kriegsbeschädigten usw. entscheiden und allgemeine Grundsätze für diese Fragen aufstellen soll. Zum unparteiischen Vorsitzenden wurde Magistratsrat von Schulz-Berlin einstimmig gewählt. Der hier geschaffene Schlichtungsausschuß ist der erste, den Angestellte in privaten Betrieben durchgesetzt haben.

Verschmelzungs-Bestrebungen. Der Gastwirtsgehilfe, das Organ des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, erörtert im Leitartikel seiner jüngsten Nummer die Konzentrationsbestrebungen in der organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft. Er erklärt es für ein Gebot der Stunde, auf eine Verschmelzung auch der im Gastwirtsgewerbe vorhandenen Gehilfenorganisationen hinzuwirken, zumal die Gastwirte bereits eine Zentrale ihrer Unternehmer-Vereinigungen geschaffen haben.

Resultat der Urabstimmung über Beitragserhöhung im Sattlerverband. Die Vorlage über Beitragserhöhung im Sattlerverband ist mit 8068 gegen 1166 Stimmen angenommen worden. Auch Berlin gab eine allerdings nur schwache Mehrheit dafür. Der Wochenbeitrag beträgt danach vom 1. Januar 1918 an für männliche Mitglieder 0,70 Mk., für weibliche Mitglieder 0,40 Mk.

Beitragserhöhung im Lederarbeiter-Verband. Die Urabstimmung im Lederarbeiter-Verband ergab 1910 Stimmen für und 476 gegen Beitragserhöhung. Der wöchentliche Beitrag beträgt nunmehr in vier Beitragsstufen 0,30 bis 0,85 Mk.

Soziales.

Reichs-Säuglings- und Mutterschaftsversicherung.

500 Millionen Mark, d. h. eine halbe Milliarde jährlich fordert der Arzt des Harzer Städtchens Benneckenstein, Dr. Richard Noack, in einer Abhandlung: Wie rettet das deutsche Volk seine Zukunft? Er fordert sie für das Höchste, was die Zukunft bringen soll, nämlich für das Wachstum, die Jugend unseres Volkes. Alle bisherigen Wohlfahrtseinrichtungen in allen Ehren, verlangt der Verfasser, wie von der Sozialdemokratie schon seit langem gewünscht, eine durchgreifende Organisation über das ganze Reich. Der Verfasser hat in seinem Bezirk schon seit Anfang des Krieges freiwillig Maßnahmen aller Art getroffen, um die Säuglingssterblichkeit zu verringern oder ganz aufzuheben, abgesehen von Vorträgen und Unterricht über Säuglingspflege, durch Anstellung von drei Pflegerinnen zur Ueberwachung, freie ärztliche Behandlung und kostenlose Milchabgabe für eine große Anzahl Kinder, und hat dadurch das glänzende Ergebnis erzielt, daß seitdem in seiner Stadt die Säuglingssterblichkeit gänzlich aufgehört hat. All dies und mehr möchte er auf das ganze Reich übertragen wissen; abgesehen von den vorbereitenden Maßnahmen, wie Säuglings-Beratungsstellen usw., soll besonders gesorgt werden für kostenlose Milchabgabe für Bedürftige, freie ärztliche Behandlung, Fürsorgeschwestern (er zählt etwa 10 000), Säuglingsheime, Krippen, bei der Mutterschaftsversicherung für Wöchnerinnenunterstützung, Stillprämien und Beschaffung von Milch. — Richten sich die Bestrebungen Dr. Noacks auch nur auf ein Spezialgebiet sozialer Reform, was er fordert, ist an sich nur zu unterstützen, ob es nun so oder so verwirklicht wird.

Aus der Provinz.

Lebensmittelschiebungen in Thüringen.

Aus Mühlhausen wird der Erfurter Tribüne berichtet: Nach den der hiesigen Polizeiverwaltung von dem Gendarmeriewachtmeister in Oberdorla mitgeteilten Beobachtungen sollten in letzter Zeit im Landkreise und dessen weiterer Umgebung erhebliche Lebensmittelschiebungen stattgefunden haben. Die von der Polizei aufgenommenen Ermittelungen führten dann auch zur Verhaftung dreier Hamburger Kaufleute, der Händler Striebing, Stefan und des Kaufmanns Heinrich Jakobsohn und deren Uebergabe an das Gericht. Stefan wurde wieder auf freien Fuß gesetzt, da er nachweisen konnte, daß er nur zwecks Aufkaufs von Aepfeln hierher gekommen war. Den beiden anderen konnte einwandfrei nachgewiesen werden, daß sie schon seit vorigem Jahre große Lebensmittelschiebungen ins Werk gesetzt hatten. Alle Nahrungsmittel wurden von ihnen im Auftrage auswärtiger Behörden aufgekauft und verfrachtet. In Wirklichkeit ging den angegebenen Behörden nur ein ganz geringer Bruchteil der Lebensmittel zu, während der weitaus größte Teil für das Ausland bestimmt war. So soll ein Waggon im Werte von 85 000 Mark, der ebenfalls an eine Behörde aufgegeben war, nach Hamburg geleitet und von dort in Schiffsladung weiter befördert worden sein. Mit welchen Gewinnen hierbei gearbeitet wurde, mögen Beispiele erhellen: Für den Zentner Pferdebohnen zahlten die Verhafteten 80 Mark, und erhielten beim Verkauf hierfür 230 Mark, für angekauftes Dörrobst gaben sie 230 Mark, beim Weiterverkauf erhielten sie 470 Mark. An der letzten Ladung erzielten sie einen Gewinn von 13 000 Mark. Die Verhafteten gingen mit den unlautersten Mitteln zu Werke. So zahlten sie beim Scheinverkauf von Feldbohnen einer Mittelsperson nach Zustandekommen des Geschäftes eine Vergütung von 500 Mark. Wie groß im Laufe der Zeit die Lebensmittelschiebungen anwuchsen, läßt sich zur Zeit noch nicht feststellen.

Vorratsrevisionen von Kartoffelvorräten.

Auf Veranlassung des Preußischen Staatskommissars für Volksernährung soll, wie der Zeitungsdienst des Mitteilungsausschusses vom Roten Kreuz wissen will, im Kommunalaufsichtswege dafür Sorge getragen werden, daß Vorratsrevisionen der Kartoffelvorräte in Form von Stichproben überall da stattfinden, wo die Gemeinden das Einlagern größerer Vorräte durch die Verbraucher mit oder ohne Bezugschein gestattet haben. Der Erlaß hält es für zweckmäßig, mit dieser Kontrolle unter den verschiedenen Stadtvierteln zu wechseln, so daß jeder einzelne Haushalt auf die Kontrolle gefaßt sein muß. Sind die Kartoffeln nicht ordnungsgemäß aufbewahrt, oder ist über den Tagesbedarf hinaus davon verzehrt, so ist der Rest der Haushaltungen abzunehmen. Solche Fälle sind dann in der örtlichen Presse zu veröffentlichen. Sparsamkeit und Einrichten mit den Beständen, die den einzelnen Haushaltungen zustehen, sind unbedingt notwendig, da nach den Ernteergebnissen und bei den gegenwärtigen Transportverhältnissen an eine Mehrzuweisung von Kartoffeln für den laufenden Bedarf nicht gedacht werden kann. — Das sind ja nette Aussichten! Uns dünkt, daß man die Zeit, die das Nachprüfen von Kartoffelvorräten bei den kleinen Leuten kostet, viel vorteilhafter zur Bekämpfung des — Wuchers und des Schleichhandels verwenden könnte!

Merseburg. Die Sammlung der Knochen in allen Haushaltungen ist von der Polizeiverwaltung für den Stadtbezirk Merseburg angeordnet worden. Danach dürfen Knochen nicht mehr verbrannt, vergraben oder auf andere Weise vernichtet werden; sie sind getrennt von den sonst zu sammelnden Küchenabfällen aufzubewahren und so bald als möglich — mindestens wöchentlich einmal — an die in der Verordnung genannten Knochenhändler abzuliefern. Für das Pfund Knochen — gleichviel ob roh oder in schon ausgekochtem Zustande — werden von den Händlern 8 Pfennig vergütet.

Eisleben. Unbekannte Diebe drangen in ein Grundstück in der Geiststraße ein. Die Diebe rissen das Drahtgitter der Küche heraus und stiegen in das Grundstück ein. Gestohlen wurden Wäsche, Stiefel, Schuhe, Nahrungsmittel und sonstige

Taschentücher
Weisswaren
Gesichts-Schleier
Leder-Handtaschen
Perlbeutel
Moire-Handtaschen
Kinder-Handtaschen
Blusen-Kragen

Taschentücher

Taschentücher einz., echt Schweiz. Stickerei mit Ecke 1.95 1.25 98 Pf.
Taschentücher einz., echt Schweizer Stickerei mit Ecke 2.75 2.50 2.25
Taschentücher mit Ecke u. Hohlsaum 3 Stück im Karton 3.50
Taschentücher mit Languette u. handgestickter Ecke . . . 3 Stück im Karton 4.95
Taschentücher reich gestickt, neue Muster, 3 Stück im Karton 6.95 6.50 5.25

Weisswaren

Blusenkragen i. Matrosenform mit Einsätzen, reich garniert . 4.50 3.95 2.95
Blusenkragen mittelgrosse Formen mit Hohlsaum und Stickerei, Stück 4.75 3.25 2.75
Tüll-Lätzchen weiss, mit Hohlsaum und Ecken . Stück 2.10 1.95 1.85
Blusen-Tüllschleifen weiss, schwarz, marine, braun 1.95 1.75 1.45
Kinder-Garnituren weiss und crem . . . Garnitur 1.65 1.45 1.35

Weisswaren

Kinder-Kragen weiß und creme, reich garniert Stück 1.35 1.10 68 Pf.
Blusen-Schleifen für Kinder, neue Schotten . . . . Stück 1.95 1.45 1.25
Kieler Knoten verschied. Muster, St. 75 Pf. 45 Pf. 28 Pf.
Kinder-Handtäschchen imitiert Leder . . . Stück 2.25 1.45 98 Pf.
Wachsperlketten Stück 4.50 4.25 1.25

Leder-Handtaschen in grosser Auswahl . . . . . Stück bis 72.00 7.75 4.00
Perlbeutel maschin- und handgearbeitet . . . . . Stück bis 88.00 7.75 4.75
Moire-Handtaschen glatt und mit Perlen garniert . . . . . Stück 27.50 5.75 4.25

BRUMMER & BENJAMIN

3244 Große Ulrichstraße 22/23.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171219-14/fragment/page=0003

kleinere Gegenstände. Wertgegenstände blieben unberührt. Der Gesamtwert der gestohlenen Gegenstände beträgt 545 Mark.

Oberröblingen. Eisenbahn-Unfall. Montag nachmittag fuhr der Güterzug 7410 aus Richtung Halle bei der Einfahrt auf hiesigem Bahnhof einem Rangierzug in die Flanke, wobei einige Wagen und zwei Maschinen vom Güterzug entgleisten und stark beschädigt wurden. Personen wurden nicht verletzt.

Eilenburg. Die Einwohnerzahl der Stadt beträgt nach der Volkszählung am 5. Dezember 17 203 Personen, und zwar 7942 männliche und 9261 weibliche.

Doberschütz. Einem bedauerlichen Unglücksfall ist hier ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen. Der Landwirt Willi Naumann, der mit Streufahren beschäftigt war, wurde von der umschlagenden Deichsel gegen einen Baum gedrückt und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß er kurze Zeit darauf starb.

Bitterfeld. Ein Einbruchsdiebstahl wurde nachts in einem am Markt belegenen Kaufhaus ausgeführt. Es sind 12—15 Stücke Kostümstoffe, Mäntel, Blusen, Jacken, Unterhosen, Schürzen, Strümpfe, Plüschstoffe, Kostüme usw. im Werte von 20 000 Mark gestohlen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Von den Einbrechern fehlt jede Spur.

Elsterwerda. Aus dem Zug entsprungen ist Montag abend kurz hinter Zeischa ein kriegsgefangener Belgier. Der Posten zog sofort die Notleine, so daß der Zug alsbald stehen blieb. Das Begleitpersonal des Zuges suchte die Strecke bis zur Station Zeischa ab, ohne von dem Flüchtling etwas zu entdecken. Mit einer Verspätung von etwa 45 Minuten lief der Zug in Station Elsterwerda ein.

Wittenberg. In der letzten Kartellsitzung wurde berichtet, daß unser Antrag an die Allgem. Ortskrankenkasse betr. die Erhöhung der Unterstützungssätze an erkrankte Mitglieder von 50 auf 60 Prozent bereits dem Vorstand eingereicht worden ist und in der nächsten Ausschußsitzung verhandelt werden soll. Es wurde die Notwendigkeit der Durchführung dieser Maßregel erneut betont. Anderseits wurde von einem Mitgliede des Kassenvorstandes auf die neue Bundesratsverordnung hingewiesen, die es den Kassen ermögliche, höhere Lohnklassen zu errichten, um dadurch die Unterstützungssätze für höher Entlohnte heraufsetzen zu können. Das bietet aber trotzdem keinen Ausgleich bei dem gesunkenen Geldwerte. Lieber solle man zu einer Erhöhung der Beiträge schreiten, um den Kranken zu helfen. — Sodann wurden einige Mitteilungen von den in letzter Zeit mit den Arbeitern einiger größerer Werke vereinbarter Teuerungszulagen gemacht. Außer diesen haben, nur noch die hiesigen Buchdrucker solche zu verzeichnen. Bei den Bauarbeitern tritt wegen der verkürzten Tagesarbeitszeit infolge der Stundenentlohnung eine recht fühlbare Verringerung ihrer Bezüge ein. Vom 10. 12. ab ist aber infolge der zentralen Regelung eine weitere Besserung um 10 Pf. pro Stunde eingetreten.

Zum Schlusse richtete der Vorsitzende noch einen warmen Appell an die Vertreter, nicht zu erlahmen in der Werbearbeit für die Organisationen; er gibt einige Hinweise auf die uns bevorstehenden Kämpfe mit den unheimlich gewachsenen Unternehmerorganisationen. Dazu müßten wir aber gerüstet sein. Schluß 10 Uhr. Anwesend waren 11 Delegierte.

Halberstadt. Eine öffentliche Volksversammlung wurde am vorigen Sonntag hier abgehalten. Genosse Reichstagsabgeordneter Brandes-Magdeburg sprach über Friede, Freiheit, Brot. Seine ruhigen und grundsätzlichen klaren Ausführungen wurden von der Versammlung mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen. Zum Schluß seiner Rede erklärte Brandes die Gründe seines Austretens aus der Scheidemannpartei. Er habe aus vollster Ueberzeugung so handeln müssen, wenn er nicht seine Selbstachtung verlieren wolle. Diese Erklärung fand bei einem Teil der Versammelten Widerspruch. In der Aussprache machte der Parteisekretär Weber, Regierungssozialist, von der unbeschränkt gewährten Redefreiheit mehr als reichlich Gebrauch. Er erhob gegen Brandes die heftigsten Vorwürfe über seinen Austritt; er habe dadurch die Genossen getäuscht. Ferner griff er die Unabhängige Partei als solche an, die die Arbeiter in unehrlicher Art und Weise versuchte, „irre" zu führen. Weber gab dann noch bekannt, daß die Funktionäre in Halberstadt, nachdem Brandes aus der bisherigen Fraktion ausgeschieden, ihn nicht mehr als ihren parlamentarischen Vertreter ansehen, da er die Genossen hintergangen habe. (Lebhafter Widerspruch.) Es war dem Genossen Brandes leicht, in kurzer sachlicher Erwiderung Weber matt zu setzen, indem er die Versammelten aufforderte, nicht die Kampfesweise von Weber zu beschreiten, denn diese führe zu keiner Wiedervereinigung. Er sei jederzeit bereit, hierzu die Hand zu bieten, denn wie nötig es ist, bei allen Kämpfen eine geschlossene organisierte Arbeiterschaft hinter sich zu haben, wisse er aus eigener Erfahrung als Gewerkschaftsleiter. Und daß diese Kämpfe mit dem Unternehmertum und, in politischer Beziehung, mit den bürgerlichen Parteien kommen, sei gewiß. Sie werden jedenfalls noch schwerer werden als bisher, und dann dürften auch die noch zur Besinnung kommen, die da glauben, der Arbeiterschaft Vorteile zu bringen durch Entgegenkommen an das heutige System. Allerdings sei die Voraussetzung dann erst gegeben, wenn man auf der anderen Seite eingesehen habe, welche falsche Taktik man während des Krieges eingeschlagen und wie man sozialdemokratische Grundsätze und Forderungen mit Füßen getreten habe. Er habe die Hoffnung, daß, wenn erst wieder einmal Redefreiheit und die Presse frei schreiben könnte, die Arbeiter samt und sonders sich der Unabhängigen Partei anschließen würden. Die Arbeiter wollen nicht nur eine vorübergehende „Besserung" ihrer Lage, die überdies durch Verteuerung aller Bedarfsartikel immer wieder „ausgeglichen" wird.

Der zweite Redner, Möbelfabrikant Gerlach, versuchte gleichfalls die Versammelten, wenn auch in mehr sachlicher Weise, den Schritt, den Brandes getan als „schädlich" für die Arbeiterschaft darzustellen und warnte, sich den Unabhängigen anzuschließen. Auch er konnte es sich nicht verkneifen, am Schluß seiner längeren Ausführungen dem Genossen Brandes Täuschung und persönlichen Eigennutz vorzuwerfen. Brandes ging auch hier noch einmal kurz darauf ein, im übrigen ließ er die persönlichen Vorwürfe mit Recht unbeachtet.

Der Versammlungsleiter, Genosse Engelhardt, schloß gegen 2 Uhr die Versammlung mit der Aufforderung, Brandes Worte zu beherzigen und unerschrocken immer neue Anhänger für die Unabhängige Partei zu werben, da nur diese jetzt die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie vertrete. — Die Versammlung war trotz der äußerst ungünstigen Tageszeit gut besucht. Alle Gegenagitation von regierungssozialistischer Seite gegen die Versammlung hatte gleichfalls keine Wirkung gehabt.

Briefkasten der Redaktion.

Ahlsleben. Die dort festgesetzten neuen Zuschläge zu der Kriegsfamilienunterstützung halten wir allerdings als zu gering. Der Sinn der einschlägigen Bundesratsverordnung geht dahin, daß jede unterstützte Person mindestens 5 Mk. im Monat mehr bekommen soll. Bei Ihnen betragen die Zuschläge doch nur 2 bis 4 Mk. Sie müßten sich einmal an den Kreisausschuß (Landratsamt) wenden.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Bennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Donnerstag, den 20. Dezember: Zunächst Fortdauer der herrschenden Witterung, später gelinder und Zunahme der Bewölkung.

Walhalla-Theater. 3/4 8 Uhr.
Der neue Spielplan ein glänzender Erfolg!
Fregolia Deutschlands einzigste Verwandlungsschauspielerin.
100 Personen — 30 Charaktere — 10 Illusionen.
Gastspiel des Hofkünstlers **Dario Paini.** Das grosse Rätsel.
Paul Göbel, Sächsischer Komiker und weitere Attraktionen.
Weihnachten neues Programm! 3245
Nur bis Sonntag, den 23. Dezember!
Kasse von 10—1 1/2 und 4—6 Uhr.

2973

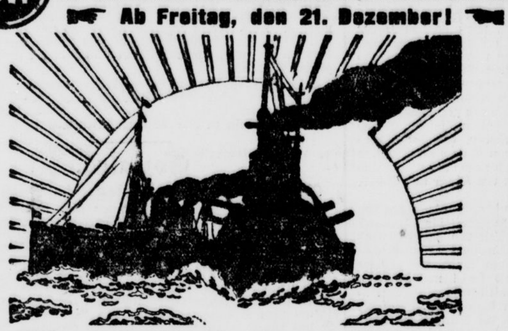
Achtung! Neu! Neu!
Altenburger Hof.
Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.
Täglich: Gr. Konzert der Hauskapelle.
Um regen Zuspruch bittet Frau F. Kampe.

Achtung!
Konzerthaus „Oberpollinger".
Jägergasse 1. 2965 Ecke Gr. Ulrichstr.
Die urgemütl. Wiesenthaler.
Direktion: H. Schmidt.
5 Damen. 3 Herren.
Neue Kapelle. Neue Kapelle.
Um gütigen Zuspruch bittet Frau Elsa Beth.

Pelze
passende Weihnachts-Geschenke.
Echte Pelze von 30.00 Mk. an. *1369
Meine Auswahl in Edelpelzen ist noch gross und empfehle ich solche zu soliden Preisen.
Pelzhaus Rosenberg
Spezial-Etagengeschäft.
Gr. Ulrichstr. 6/8. Halle, Gr. Ulrichstr. 6/8.

Arbeitsmarkt.
Klempner, Schlosser, Mechaniker, Dreher
2928 für dringende Heereslieferung
bei festen, tarifmäßigen Löhnen gesucht.
Max Stahl, Wielandstr. 30.

Arbeiterinnen u. Arbeiter
werden für sofort gesucht. *1724
Friedrich Drucklauff, Ammendorf.

U.T
Alte Promenade 11a.
Fernruf 5738.
Ab Freitag, den 21. Dezember!

Wenn frei das Meer für deutsche Fahrt.
Filmwerk in 5 Akten.
Zugunsten des Deutschen Flotten-Vereins.
Ein hierzu verfaßter Vorspruch wird zu Beginn der Abend-Vorstellungen durch die Opernsängerin Julie Stefany vorgetragen. 3246
Jugendliche haben bis 7 Uhr Zutritt.
Beginn täglich 3 Uhr.

Bekanntmachung.

Ich habe heute eine Bekanntmachung Nr. H. II. 264/1. KRA, betreffend Verbot des Fällens von Eichen erlassen. Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 14. Dezember 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Sontag, Generalleutnant.
*1726

Wir machen hierdurch bekannt, dass unsere Kassen und Geschäftsräume am
Montag, dem 24. Dezember [Heiligabend],
also in der Weihnachtszeit insgesamt von Sonnabend, den 22. Dezember, 1 Uhr mittags, bis Mittwoch, den 26. Dezember, einschliesslich
geschlossen
bleiben.
Die Vereinigung Hallischer Bankfirmen.
*1707

Apollo-Theater.
Täglich, abds. 3/4 8 Uhr:
„Prima-Ballerina"
Operette in 3 Akten 3240
von H. Reimann u. O. Schwartz.
In Berlin, Leipzig etc. ständig auf dem Spielplan.

Stadt-Theater Halle
Direktion: Leopold Sachse.
Donnerstag d. 20. Dezember 1917:
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Aufzügen 3249
von Friedrich von Schiller.

„Kriegslicht" Spiritusbrenner,
3248 6 Mark,
passt auf jede Lampe.
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.
Mitglied d. R.-Sp.-Vereins.

Bettnässen. 1690
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeb. Ausk. umsonst. „Sanis-Versand", München 759, Landwehrst. 44.

Neue Dam.-Pelzkragen, 3207
bess. Herren-Schirme, Hüte, Hosenträger, Handschuhe u. Schlipse verkft noch preisw.
Hennicke, Ein- u. Verkaufs-Geschäft, Kl. Ulrichstr. 15.

Strickwolle und Lumpen
kauft 2119
A. Rein, Königsberg 5. Tel. 2409.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171219-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 19. Dezember 1917.

Schon wieder Kohlenpreiserhöhung.

Wie aus Essen berichtet wird, „beschäftigen sich die Zechen zurzeit in Besprechungen mit amtlichen Stellen mit der neuen Regelung der Kohlenpreise vom 1. Januar 1918 ab; die Wünsche gehen unter Hinweis auf die fortgesetzt sich steigernden Selbstkosten nach einer weiteren Erhöhung der Preise. Es ist, wie ich erfahre, nicht ausgeschlossen, daß diesen Wünschen Rechnung getragen wird." (Frankfurter Zeitung Nr. 238). Da wären wir also glücklich wieder am Anfang einer neuen Preiserhöhung auf allen Gebieten, denn es wird nicht lange dauern, so kommen andere Betriebe und erklären, aus Rücksicht auf die neuerlich gestiegenen Preise für Kohlen könnten die bisherigen Preise nicht beibehalten werden und letzten Endes sind es die Verbraucher, die nicht nur ihren eigenen Hausbrand, sondern auch die Kohlen für alle anderen Betriebe durch entsprechenden Aufschlag auf die Waren teurer bezahlen müssen. Die Kohlenpreise sind gegen das Jahr 1913 bereits um mehr als 100 Prozent erhöht. Genau so steht es mit fast allen andern Waren. Damit halten weder die Teurungszulagen der Beamten und Privatangestellten noch die Löhne der Mehrzahl der Arbeiter gleichen Schritt, von den Rentenempfängern, Kriegerfrauen, Pensionären ganz zu schweigen. Die amtlichen Stellen, mit denen die Zechen jetzt verhandeln und die angeblich zu neuen Zugeständnissen bereit sein sollen, werden gut tun, sich nicht nur nach der Leistungsfähigkeit der Industrie zu erkundigen, sondern sich auch die Frage vorzulegen, ob ihr Nachgeben gegenüber den Wünschen der Zechenbesitzer nicht notwendig die Verbraucher in eine geradezu unerträgliche Lage bringen muß, für die keine amtliche Stelle die Verantwortung tragen kann. Die Abschlüsse der Zechen beweisen keineswegs die Notwendigkeit einer abermaligen Heraufsetzung der Preise, während umgekehrt ein Vergleich der Preise für Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs einerseits und der Einkommen der breiten Masse andererseits ohne weiteres dartut, daß jede neue Belastung der Verbraucher vermieden werden muß.

Konservativ-alldeutsche Eroberungspolitik.

Macht geht vor Recht!

Die Konservativen der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt hielten am Montage in den Thaliasälen in Halle ihren Provinz-Parteitag ab. Mehr indes als diese Tagung interessiert eine sich daran anschließende konservative Versammlung, in der General v. Liebert und Generaldirektor Winkler mit alldeutschen Kraftworten die ganze Welt herausforderten und ihrem heftigen Groll gegen die preußisch-deutsche sogenannte „Neuorientierung" ungehemmt die Zügel schießen ließen. General v. Lieberts Rede war auf eine „kräftige Abrechnung" mit den „Feinden im Westen" und auf den Grundton eingestellt: Macht geht vor Recht! Ins Alldeutsche übersetzt heißt das: Wir nehmen Deutschlands Feinden soviel Land weg, wie wir Macht haben, es zu nehmen. Mit den Russen will man noch glimpflich verfahren, aber den „Feinden im Westen" will Herr Liebert gehörig aufs Leder knien. Die russischen Waffenstillstands- und etwaigen Friedensverhandlungen begrüßt Herr v. Liebert auch, aber nur, weil sie „uns die Hände frei" machen „zu einer kräftigen Abrechnung mit den Feinden im Westen". „Wir müssen egoistische Politik treiben. Macht geht vor Recht!" stellte der Redner dann, nach dem Berichte eines bürgerlichen Blattes, als vornehmstes Ziel alldeutscher Politik auf. Den U-Bootkrieg haben wir ein halbes Jahr zu spät begonnen. Wenn der Papst von uns verlangt, wir sollten Belgien räumen, so müßte diese Forderung zuerst an unsere Feinde gerichtet werden; da müßte England besonders viel räumen: Irland, Indien, Aegypten, Mesopotamien usw.; auch Rußland würde in einzelne Reiche zusammenfallen. Räumen wir Belgien, dann ziehen Engländer und Franzosen ein. Die Freiheit der Meere unterliegt recht irrtümlicher Auffassung; im Frieden sind die Meere frei, im Kriege aber nur für den, der die Macht hat. Unsere Eroberungen können wir nur gegen bare Entschädigung herausgeben. Unsere Kolonien müssen wir zurückhaben oder gleich gut arrondiertes Kolonialgebiet. Unsere Forderungen müssen sein: **Machterweiterung in Europa, geschütztes, gut arrondiertes Kolonialgebiet, Flottenstützpunkte und Kriegsentschädigung in Gold oder Rohstoffen.** ... Wir sind siegreich und können **einen Machtfrieden**, keinen Verständigungsfrieden fordern."

So Herr v. Lieberts Kriegspolitik. Dann leitete Generaldirektor Winkler seine Angriffe auf die innerdeutsche Politik mit einem Preisliede auf die deutsche — Landwirtschaft ein, deren „glänzende Leistungen" uns überhaupt erst das „Durchhalten" ermöglicht hätten! Es seien wohl ‚manche Mängel in der Ernährung in die Erscheinung getreten, aber vom Eingreifen des Staates in das Erwerbsleben haben wir genug.(!) Unserer Politik hat nicht nur vor dem Kriege, sondern auch während des Krieges die Festigkeit gefehlt. Die Beseitigung des Jesuitengesetzes durfte nicht erfolgen. Daß uns ein katholischer Reichskanzler beschert wurde, berührt uns schmerzlich. Wir wollen keinen Zusammenstoß mit unseren katholischen Mitbürgern, auch soll gesagt werden, daß Graf Hertling ein durchaus edler Mann ist; daß er aber Reichskanzler wurde, nachdem der Papst in die Friedensverhandlungen eingriff, das ist's, weshalb wir an seiner Kanzlerschaft Anstoß nehmen. Die inneren Kämpfe, die durch die Wahlrechtsfrage drohen, sollten nicht während des Krieges entfesselt werden. ... Das gleiche Wahlrecht hat für das Reich seine Berechtigung, für Preußen nicht. Im Reiche wirkt es ausgleichend; Preußen und Sachsen haben aber die stärkste Sozialdemokratie (!!) und da könnte es leicht kommen, daß bei gleichem Wahlrecht im preußischen Landtage die Sozialdemokratie dominierte.

. . Wir treiben unglückliche Politik, die mit dem Namen Bethmann Hollweg verbunden ist. Wir wollen mithelfen an der Fortentwicklung des Wahlrechts, lehnen aber das gleiche Wahlrecht und den Parlamentarismus ab. ..."

Interessant ist, daß in der Aussprache „mehrere Redner" erklärten, „nur die Angst vor der Sozialdemokratie bestimme jetzt die innere Politik in Preußen"! — Einstweilen tun die Alldeutsch-Konservativen noch so, als ob sie frei seien von dieser „Sozialistenfurcht". Das ist indes nur scheinbar so. Im Grunde wissen die konservativen Herrschaften ganz genau, daß ihre Macht noch durch nichts so gewaltig erschüttert worden ist wie durch den Weltkrieg, und daß die Tage ihrer Herrschaft gezählt sind. Und wie sie mit ihrer Kriegspolitik: Gewalt geht vor Recht! ganz elendiglich Schiffbruch erleiden werden, so noch viel mehr, wenn sie etwa versuchen sollten, ihrem Bekenntnis zur Gewalt künftighin auch in der inneren Politik noch weiter Geltung zu verschaffen. Daß dafür die Zeiten ein für allemal vorbei sind, das sollten doch in der gegenwärtigen Weltkatastrophe allein schon die Vorgänge in Rußland auch dem verstocktesten Konservaiven allgemach klargemacht haben. —

Die Beschäftigungsfrage der Kriegsbeschädigten.

Eine Anzahl Berufsverbände der Angestellten hat sich mit zahlreichen Eingaben ans Reichsamt des Innern gewandt, um eine reichsgesetzliche Regelung der Frage zu erreichen, wie den zurückkehrenden Kriegern die Wiedererlangung ihrer früheren Stellung zu sichern sei. Auch sind Bestrebungen im Gange, die Industriebetriebe gesetzlich zu verpflichten, entsprechend ihrer Arbeiterzahl eine gewisse Zahl Kriegsverletzter anzunehmen.

Mit dieser Frage beschäftigte sich vor kurzem die Dresdener Handelskammer und beschloß nach einer Umfrage einstimmig, gegen die Einführung eines gesetzlichen Zwanges an den zuständigen Stellen ihre schweren Bedenken geltend zu machen. Zur Zeit lasse sich noch nicht übersehen, wie viele Industrie- und Handelsbetriebe nach Friedensschluß überhaupt aufrechterhalten werden können und unter welchen Bedingungen die aufrechterhaltenen Betriebe arbeiten werden. Andererseits stehe noch nicht fest, wie viele Kriegsbeschädigte unterzubringen sein werden und in welchem Maß ihre Erwerbstätigkeit beschränkt sei. Ohne Kenntnis dieser Unterlagen würde man zu ganz unwillkürlichen Festsetzungen kommen, deren Durchführbarkeit fraglich sei und deren Wirkungen sich gar nicht voraussehen ließen.

Würden die Kriegsbeschädigten den Unternehmern wahllos und ohne Berücksichtigung der besonderen Verwendbarkeit zugewiesen, so sei ein gedeihliches Zusammenarbeiten nicht zu erwarten. Dadurch würde auch die Arbeitsfreudigkeit der Kriegsbeschädigten stark beeinträchtigt werden. Die Dresdener Handelskammer hält es aber für eine Ehrenpflicht des deutschen Industriellen und Kaufmanns, nicht nur seine früheren kriegsbeschädigten Angestellten und Arbeiter wieder einzustellen, sondern auch darüber hinaus die Arbeitsangebote betriebsfremder Kriegsbeschädigter nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Zur Erhöhung des Arbeitseifers sei zu fordern, daß die Arbeitsverdienste der Kriegsbeschädigten keinesfalls Anlaß bieten dürften, die staatlichen Renten zu kürzen — hoffentlich aber auch nicht, fügen wir hinzu, um die Löhne zu drücken. Die Handelskammern sollten übrigens praktische Vorschläge machen, mit platonischen Redensarten können die Kriegsbeschädigten weder jetzt noch später etwas anfangen.

Neue Bekanntmachungen.

Städtische Weihnachtsverteilung in der Talamtschule. Am Donnerstag sind an der Reihe die Nr. 38 501—49 000.

Reis, 1/4 Pfund für die Person eines Haushalts, wird vom Donnerstag ab verteilt.

Zichorie können am Donnerstag in der Talamtschule kaufen die Nr. 38 501—49 000.

* **Neue Reisebrotmarken** sollen, wie angekündigt wird, vom 1. Januar 1918 an eingeführt werden. Die bisherigen Reisebrotmarken, ihre unbegrenzte Umlaufzeit und die ausgedehnte Gültigkeit auf Stadt und Land haben den Fälschern nicht nur die Herstellung, sondern auch den Absatz und daneben noch den Nutzen aus dem Handel mit den Falschstücken sehr erleichtert. Dem soll nun gesteuert werden.

* **Eiserne Fünfpfennigstücke.** Der Bundesrat hat den Reichskanzler ermächtigt, die Ausprägung von neuen eisernen Fünfpfennigstücken bis zur Höhe von 10 Millionen Mark vorzunehmen.

* **Erhöhung der Eisenbahnfrachten.** Der Präsident des Landeseisenbahnrates hat in seiner letzten Sitzung die Erhebung eines 15prozentigen Zuschlages auf alle Güter- und Tiertarife der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft beschlossen. Die Erhöhung soll in Form eines Kriegszuschlages ab 1. April 1918 in Kraft treten. Dieser Zuschlag soll nur vorübergehend während des Krieges bestehen, später abgebaut und gegebenenfalls in das Tarifsystem hineingearbeitet werden.

* **Zurückstellungen vom Heeresdienste.** Auf Veranlassung des Kriegsministeriums sowie des Generalkommandos weist das Königl. Bezirkskommando Halle erneut und eindringlichst darauf hin, daß jeder Wehrpflichtige, auf dessen Zurückstellung von der Einberufung zum Heeresdienste nicht verzichtet werden kann, rechtzeitig reklamiert wird. Ebenso müssen Anträge auf Verlängerung der Zurückstellung rechtzeitig (3—4 Wochen vor Ablauf) gestellt werden. Einem erst im Augenblick der Einberufung gestellten Antrage auf Zurückstellung oder deren Verlängerung wird nicht mehr nähergetreten werden. Die Zurückstellungsanträge sind bei den Zivilvorsitzenden der Ersatzkommissionen einzureichen, mit Ausnahme derjenigen für die bei den Firmen der Kriegsindustrie beschäftigten Heerespflichtigen, die bei dem stellvertr. Generalkommando (Fabr.-Abtlg.) direkt beantragt werden müssen.

* **Einlösung von Zinsscheinen bei der städtischen Sparkasse.** Die städtische Sparkasse ersucht uns, mitzuteilen, daß von ihren Einlegern oder Kriegsanleihezeichnern vom 20. d. M. ab die am 1. Januar n. J. fälligen Zinsscheine zu den Reichs- und preußischen Staatsanleihen, insbesondere 5prozentige Kriegsanleihen zur baren Einlösung oder Gutschrift auf Sparbücher annimmt. Es wird dringend empfohlen, die Einlösung oder Gutschrift schon jetzt zu bewirken, und nicht damit bis zum Fälligkeitstermin zu warten, weil der Andrang der Sparer an den letzten Tagen des Dezember und den ersten des Januar erfahrungsgemäß stets ein sehr starker ist und die Abfertigung durch die Prüfung der Zinsscheine dann erschwert wird.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, den 19., wird abends 7½ Uhr, d'Alberts neue Oper Die toten Augen wiederholt. Donnerstag geht Maria Stuart in Szene. Freitag Don Juan. Sonnabend abend 7½ Uhr Sinfoniekonzert unter Leitung von Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß. Am Sonntagnachmittag wird als Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen Tiefland, Sonntag abend 7½ Uhr Das Dreimäderlhaus gegeben. Die nächste Aufführung des Weihnachtsmärchens Aschenbrödel findet am Mittwoch, dem 24., nachm. 3 Uhr, statt.

* **U.-T.-Lichtspiele, Alte Promenade 11a:** Ein neues Filmwerk Wenn frei das Meer für deutsche Fahrt, wird ab Freitag hier zur Vorführung gelangen und auch für Jugendliche erlaubt sein. Außerdem wird ein von Walter Schmidthäßler verfaßter Vorspruch zu diesem Werk durch die bekannte Opernsängerin Stefany vor den Abendvorstellungen zum Vortrag kommen. Die Erstaufführung, welche ebenfalls durch diesen Vorspruch eingeleitet wird, findet am Freitag, dem 21. Dezember, pünktlich 3 Uhr nachmittags, statt.

* **Künstlerverein auf dem Pflug.** Auf dem letzten Geschäftsabend wurden u. a. einige Satzungsänderungen beschlossen: In Zukunft sollen neben ausübenden Künstlern auch Kunstfreunde als Mitglieder aufgenommen werden, welche bei Kunstausstellungen und anderen Gelegenheiten die Vorteile haben sollen, wie sie Mitgliedern von Kunstvereinen geboten zu werden pflegen. Wenn angängig, werden sie alljährlich ein Original-Kunstblatt oder dergleichen erhalten.

45]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

„Nur noch ein einzig's Wort!" rief sie. „Will' und Lieb', die stiehlt kein Dieb. Nicht wahr?"

„Ja, lieb's Weible," antwortete er. „Will' und Lieb', die stiehlt kein Dieb. Jetzt aber geh heim. Der Morgen kommt, es wird empfindlich kalt. Willst gleich machen, daß du fortkommst?" wiederholte er und bückte sich, als ob er den harten Schnee zu einem Wurfe ballen wollte.

Sie lief lachend eine Strecke weit davon. Als sie Halt machte und sich nach ihm umsehen wollte, war er schon hinter der nächsten Biegung der Straße verschwunden, und schluchzend deckte sie die Augen mit der Schürze zu.

14.

Selten wohl hat ein deutscher Hausknecht dem Fürsten Reichserbpostmeister in so kurzer Zeit soviel zu verdienen gegeben als der junge Schwabe, der in der Sonne zu Sachsenhausen eingetreten war. In Ebersbach fragte man sich noch, ob er jetzt wohl sein Reiseziel erreicht haben werde, da kam schon ein Brief von ihm „An die ehrbare und bescheidene Jungfer Christina Müllerin, in beliebigen Händen zu eröffnen, in Ebersbach, cito, cito, franco".

Der Brief lautet so: „Gott zum Gruß und Jesum zum Beistand. Hertzgeliebter Schatz, ich muß Dich mit einem betrübten Hertzen beschreiben, und diese Zeilen werden Dich, wie ich in meinem Hertzen glaub, betrübet antreffen. So will ich Dein Hertz erleichtern und Dich mit ernsthaftem Herzen berichten: Liebe Christina, glaube Du, daß mein Hertz nicht wanckhen wird und Dir noch jederzeit treu verbleiben, so lang noch Gott eine Ader in meinem Leib laßt. Wann Du andere Buben entlaßst und Dich ihrer entläßt, und ich erfahre, daß Du Dich so haltst, wie es einem braven Menschen gehört, so soll mir keine Andere mehr an meine Seite kommen. Ich wollt Dir gern was schicken, ich forcht, Du möchtest in dem Eberspächer Markt zu dem Tanz gehen und Dich mit Einem einlassen; so will ich jetzt Dir noch nichts schicken, sondern auf Deine Aufführung warten. Wann Du Dich hältst, so will ich Deiner nicht vergessen und Dich auch nicht lassen. Solltest Du Dir Dein Leben verkürzen, wie Du gesagt hast, so schreibe ich mich aus der Schuld und gib es Dir und den Deinigen über. Was ich gesagt hab, das halt ich Dir und laß Dir Deinen Willen. Ich wünsche, daß Gott der Allmächtige Dein Hertz regiere, und führe Dich zu allem Guten, und gebe Dir Glück und Segen, und regiere Dein Hertz, daß es nicht fallen noch irr gehen kann. Das wünsch ich Dir aus getreuem Hertzen. Noch Eins: Ich verlange eine Nachricht von Dir. Ich will Dir die Ueberschrift sagen, wie Du an mich schreiben sollst. Weiter kann ich Dir nicht schreiben, als Du sollst mir nicht übel nehmen, weil ich so f—mäßig geschrieben hab. Die Nacht ist mir auf den Halß gekommen, und vor Betrübnus hats nicht sein können. Du und die Deinige seynd tausendmal gegrüßt und in den Schutz Gottes befohlen, und bleibe Dir getreu bis in den Tod. Joh. Fr. Schwan. — Dieser Brief zukomme an Joh. Friedrich Schwahn, Hausknecht bei der Sonne in Sachsenhausen bei Frankfort a. M."

Noch ehe Christine sich zu dem großen Unternehmen entschließen konnte, einen Brief von der Fils nach den Main zu schreiben, der doch auch die Postgebühr durch seine Länge rechtfertigen mußte, oder ehe sie vielleicht den Unmut ganz überwunden hatte, den ihr ohne Zweifel das fortgesetzte Mißtrauen in ihre Treue verursachte, schickte er einen zweiten Brief, zwar kürzer als der erste, aber dafür um so zärtlicher und leidenschaftlicher, auch obendrein von einem Geschenke begleitet, aus welchem sie bei einigem Nachdenken schließen konnte, daß er über ihre „Aufführung" an dem gefürchteten Markttage, den erst die nächste Woche brachte, schwerlich so unruhig war, als er sich gestellt hatte, um, freilich nicht eben unter einem feingewählten Vorwande, den bekannten Zustand seiner Barschaft zu verbergen, den er in seinem ersten Briefe einzugestehen sich geschämt hatte und der sich seitdem in etwas gebessert haben mochte.

In diesem zweiten Briefe schrieb er: „Gottes Segen zum Gruß und Jesum zum Beistand. Hertzgeliebter Schatz, hertzgeliebte Christina, ich kann es nicht unterlassen, vor lauter Sorgen und Bekümmernus und Gedanken Dich zu beschreiben, und ich kann Tag und Nacht nicht ruhen, bis ich eine Antwort von Dir hab. Bitte Dich um Gotteswillen, schreib Du mir, wie es Dir geht und wie es mit Dir sey. Ich kann Tag und Nacht nicht ruhen vor lauter Seufzen und Sorgen. Wann Du mir etwas zu melden hast, so schreib mir es gleich, ich will Dich nicht verlassen so lang ich leb. Uebrigens schick ich Dir hier einen kleinen Gruß; wann Du mir schreiben tust, so will ich Dir ein Mehreres schicken. Ich hab nicht Zeit, Dir mein gantzes, mein gantzes Herz zu schreiben; ich will Dich berichten, wann Du mir wieder schreibst. Brich den Brief an Deinen Vater auf. Du bist tausendmal grüßt. Ich verbleibe Dein getreuer Schatz bis in den Tod."

Der eingelegte Brief an den alten Hirschbauer, den sie lesen sollte, erhielt Versicherungen seiner unwandelbaren Gesinnung, wie folgt: „An meinen Vetter Müller. Ich kann nicht unterlassen, an Euch zu schreiben, weilen Er so viele Müh an sich genommen und unterschiedliche Sachen wegen Seiner Tochter Namens Christina mit mir geredet hat: so will ich Ihm redlich schreiben wie ichs gegen ihr meine, daß ich keine Andre mehr begehre als sie, und ich sobald ihrer nicht vergessen kann. Wann es seyn kann, wie Er mit mir geredt hat, daß Er mit dem H. Pfarrer und mit dem Chirurgus reden könnt, daß man uns zahmen (zusamen) lassen will, so bin ich gleich resolvirt, sie zu nehmen, denn so leicht kann ich Sie nicht lassen, und Sie mich nicht. Ich lasse auch mein Leben, eh ich sie entlassen oder verlassen will: so bitte ich Ihn nur herzlich, die Christina ein halb Jahr bei ihm zu behalten."

Auch der Invalide erhielt einen Brief „in beliebigen Händen zu eröffnen", welcher seine Zweifel wegen des Verhältnisses zu Christinen nicht sowohl widerlegen als einfach in folgenden Schlußworten niederschlagen sollte: „— So lang ich einen Blutstropfen im Leib hab, so will ich mich ihrer annehmen. Hiemit will ich beschließen und schließe Euch in die Vorsorg Gottes."

Der Hirschbauer sagte nach dem Empfang seines Briefes zu der glücklichen Christine: „Er hat doch ein beständiges Gemüt. Ich wollt's dir ja gern gönnen, daß ihr zusammen kämet, aber ich besorg' mich eben, wenn er seinen Vater merken läßt, wie es ihm ums Herz ist, so läßt ihn der nicht zurück. Ich will jetzt doch einmal ins Pfarrhaus gehen, oder vielleicht noch lieber vorher zum Chirurgus. Ich weiß nicht, wo ich zuerst hin soll." — Christine wußte es auch nicht. Ihre Gedanken waren allein darauf gerichtet, wie sie es angreifen solle, um einen recht großen Brief zu schreiben, mit dem ihr Schatz zufrieden sein müßte, obgleich sie ihn darin für seinen unmanierlichen Argwohn recht heruntermachen wollte. Sie dachte aber, sie wolle erst den Markttag vorübergehen lassen, um ihm dann schreiben zu können, daß sie nicht zum Tanze gegangen, sondern den ganzen Tag und Abend daheimgeblieben sei.

Der Invalide schüttelte zu Friedrichs Beteuerungen hartnäckig den Kopf und sagte beim Wein zu der Bäckersfrau: „Wenn so ein junger Mensch verliebt ist, so meint er, es gebe in der Welt nichts als seinen Gegenstand, und wenn er einmal zehn Jahr und drüber verheiratet ist, so kann er oft gar nicht begreifen, warum er grad' die genommen hat, da's doch so viel andere gegeben hätte."

„Beständigkeit ist doch eine Tugend," erwiderte die Bäckerin. „Aber arg ist mir's einmal, daß der erste Funke zu dem Brand in meinem Haus hat angehen müssen. Wenn ich das vorausgesehen hätt', so hätt' ich mich lieber ohne mein Dötle beholfen, und dann wär' sie ihm vielleicht in Jahr und Tag nicht vors Aug' kommen. Mir schwant's, das Ding geht zu keinem guten End'."

„Wider das Schicksal ist kein Kraut gewachsen," versetzte der Invalide. „Das ist im Leben wie in der Schlacht: an einem fährt's vorüber, und den andern trifft's."

Es kamen noch weitere Briefe von Friedrich, die sich alle um einen und denselben Angelpunkt drehten. Von seinem eigenen Ergehen schrieb er kein Wort, auch nicht von dem, was er in fremden Lande zu sehen und zu hören bekam. Dagegen zeigten seine Briefe die Merkwürdigkeit, daß sie fortwährend mit der Jahreszahl auf gespanntem Fuße stand. Seine Hand schien einen unbezwinglichen Widerwillen gegen dieselbe zu empfinden. In allen diesen Briefen hatte er immer zuerst die falsche Zahl hingeschrieben, dann ausgestrichen und die richtige darübergesetzt; in einem war sogar das falsche Datum unberichtigt stehen geblieben. Allerdings ein unerheblicher Umstand für ein Mädchen, das kein andres Datum kannte als „diesen Tag", an welchem sie ihrem Liebsten schrieb.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171219-14/fragment/page=0005

* **Ein Wertpaket abhanden gekommen.** Die Postverwaltung teilt mit: Am 2. Dezember, abends, ist im Bereich des Kaiserlichen Postamts in Halle (Saale) 2 ein in Berlin aufgeliefertes, nach Halle gerichtetes Wertpaket unnachweisbar geworden, dessen Inhalt aus folgenden Wertpapieren bestanden hat: 4 Stück der vierten 5prozentigen Kriegsanleihe zu je 10 000 Mk., Lit. F. 553 944 bis 553 947, nebst Zinsscheinen vom 3. 1. 18 ab; 5 Stück der vierten 5prozentigen Kriegsanleihe zu je 5000 Mk., Serie A 1 723 607 bis 1 723 610 und 1 662 564, nebst Zinsscheinen vom 3. 1. 18 ab; 14 Stück der sechsten 5prozentigen Kriegsanleihe zu je 2000 Mk., Serie B 3 285 593 bis 3 285 600 und 3 286 201 bis 3 286 206, nebst Zinsscheinen vom 3. 1. 18 ab; 34 Stück 4½prozentige Reichsschatzanweisungen der vierten Kriegsanleihe zu je 1000 Mk., Gruppe 127, Lit. H 1 065 271 bis 1 065 304, nebst Zinsscheinen vom 2. 1. 18 ab.

Da vermutlich Diebstahl vorliegt und die Wertpapiere für kraftlos erklärt werden, wird vor ihrem Ankauf und vor der Einlösung der Zinsscheine gewarnt. Beim Vorkommen der Wertpapiere oder Zinsscheine wird anempfohlen, sie anzuhalten, den Vorzeiger tunlichst festzustellen und der nächsten Polizeibehörde oder der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Halle sogleich Mitteilung zu machen.

* **Kleidermarder treiben zurzeit ihr Unwesen in den „besseren" Lokalen der Stadt.** Sie wenden dabei, wie einem hiesigen Blatte geschrieben wird, folgenden Trick an: Er erscheinen im überfüllten Lokale zwei Damen in kostbaren Velourhüten, Lackschuhen und anscheinend gediegenen Abendmänteln. Hier sei jedoch schon vorgegriffen und gesagt, daß diese auf Diebstahl ausgehenden Damen „Frauenzimmer" niederen Grades im Alter von kaum 17 Jahren waren. Ihr Trick ist folgender: Das eine der Mädchen hängt seinen Mantel auf irgend einen, möglichst wertvollen Ueberzieher, letzteren mit dem Mantel völlig einhüllend. In unmittelbarer Nähe lassen sie sich nieder und halten Umschau. Gelingt es ihnen, den Eigentümer des Ueberziehers zu ermitteln, etwa durch dessen gelegentliches Austreten unter Mitnahme seines Hutes, so verschwinden sie sofort nach ihm mit ihrer Beute. Gelingt die Feststellung des Eigentümers nicht, so schließen sie sich beim Aufbruch einer Gesellschaft von Damen und Herren an, die in unmittelbarer Nähe die Ueberkleider anlegen, und im Handumdrehen verschwinden sie unter Mitnahme des in ihren Mantel eingehüllten Ueberziehers. Den Besuchern der Gastwirtschaften ist dringend anzuraten, ihre äußere Hülle, heutzutage ein besonders begehrter Artikel, stets im Auge zu behalten, damit „Uebergriffe", wie der geschilderte, vermieden werden.

Zwintschöna. Vom Zug erfaßt und erheblich verletzt wurde nachts auf der Bahnstrecke zwischen Gröbers und Bahnhof Dieskau ein Streckenläufer. Der Beamte ist vermutlich bei der Revision der Strecke von Trittbrettern eines vorüberfahrenden Personenzuges beiseite geschleudert worden.

Beesenlaublingen. Ein großes Lager mit Diebesgut, das aus verschiedenen Einbrüchen in Kiel herrührt, ist hier auf Ersuchen der dortigen Behörde beschlagnahmt worden. Kleider, Schuhe, Anzugstoffe, Wäsche, Puppen, Militärausrüstungsstücke, ein großer wertvoller Fernstecher, Leder-, Eisen- und Stahlwaren, darunter über 200 verschiedene Messer, Scheren, Werkzeuge, Waffen und drei Hinterräder wurden gefunden. Drei Familien kamen als Hehler in Frage. Die Sachen wurden von einem aus hiesigem Orte stammenden Schmied hierhergesandt, der bereits hinter Schloß und Riegel sitzt.

Allerlei.

Zum Wiederaufbau Belgiens.

Einige belgische Prediger des nachtragenden Völkerhasses und der Revanche haben dafür agitiert, nach dem Kriege die besonders hart mitgenommenen Städte und Dörfer nicht wieder am alten Ort aufzubauen, sondern sie „als Denkmäler deutscher Barbarei" dauernd in ihrem zerstörten Zustand zu belassen und zum Bau gänzlich neuer Ortschaften überzugehen. Der belgische Landwirtschaftsminister Helleputte hat nun diesen Fanatikern einen Strich durch die Rechnung gemacht. Als Leiter der Regierungspläne zum Wiederaufbau Belgiens hat er in einem Vortrage zu Paris „den etwas leichtsinnig aufgeworfenen Gedanken" jener Heißsporne abgetan. Städte und Dörfer ließen sich nicht wie Figuren auf dem Schachbrett willkürlich versetzen. Ihre Lage werde durch viele Faktoren bestimmt, vornehmlich durch Flußläufe und Wegenetze. Deshalb werde man auch Ypern, Löwen, Dinant, Dixmuiden, Nieuport, Naulers, Dendermonde usw. wieder an der alten Stelle aufbauen, und zwar im neuen Baustil. Nur die architektonisch besonders charakteristischen Bauwerke sollten nach Möglichkeit mit ehrerbietigem Takt wieder hergestellt werden.

Zugzusammenstoß. Schwerin, 18. Dezember. Infolge Ueberfahrens des auf Halt stehenden Blocksignals in Görries fuhr der Eilgüterzug mit Personenbeförderung Nr. 6075 zwischen Wallstraße und Schlachthof vor Station Schwerin in den vor dem Einfahrtssignal zum Bahnhof Schwerin, das auf Halt stand, stehenden Güterzug Nr. 60 209. Der Schlußbremser des Güterzuges wurde getötet, einige Personen verletzt. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Postrüuberei. In Nürnberg wurden nicht weniger denn 86 Personen, meist ganz junge Postaushelfer und Aushelferinnen, wegen Diebstahls und Ausraubung von Postpaketen festgenommen. Der Polizeibericht veröffentlicht die Namen dieser Paketmarder. Einer der Diebe, der Postaushelfer H. Ertl, mußte die Beraubung von 500 Paketen eingestehen.

Verbrannte Schuhfabrik. Lyoner Blätter melden aus Toulouse, daß die Schuhfabrik Cadot, eine der größten Schuhfabriken Frankreichs, vollständig abgebrannt ist.

Gegen bettelnde Soldatenkrüppel. London, 17. Dezember. Daily Mail enthält folgende Notiz: „Die Polizei ist beauftragt worden, verwundete Soldaten, welche betteln gehen, indem sie auf der Straße Musik machen oder Bilder zeichnen, festzustellen."

Letzte Nachrichten.

Für einen Waffenstillstand über Weihnachten.

Bern, 19. Dezember. 18 Mitglieder verschiedener Parteien der Schweizerischen Bundesversammlung haben beim Bundesrat angefragt, ob es nicht Zeit sei, bei den kriegführenden Staaten gegen die wirtschaftlichen Einschränkungen zu protestieren und bei den Neutralen einen gemeinschaftlichen Schritt im Sinne des Angebotes guter Dienste behufs Anbahnung von Verhandlungen für einen allgemeinen Waffenstillstand über die Weihnachts- und Neujahrszeit anzuregen.

Die Militärdiktatur in der Republik.

Paris, 19. Dezember. Eine neue Vorlage des französischen Justizministers setzt eine Strafe von fünf Jahren Zuchthaus auf die Verleitung zum „Kleinmut" durch Wort, Schrift und Bild aus.

Die Brotrationierung in Frankreich ist schon oft angekündigt, aber nie erfolgt. Aus Paris wird gemeldet: Der Ernährungsminister erklärte im Senat, daß die Rationierung des Brotes unumgänglich wäre mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, aus den Vereinigten Staaten und Argentinien die monatlich notwendigen 4 900 000 Tonnen einzuführen, da der zur Verfügung stehende Schiffsraum nicht genüge.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Pelzgarnituren in jeder Preislage. **Alex Michel.** 3247

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf des der Stadt überwiesenen Reises wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Donnerstag den 20. Dezbr. 1917. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund verabfolgt werden. Der Verkaufspreis beträgt 80 Pfennige für das Pfund.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Reis einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 120 des Warenbezugsscheines XII zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken, zu Hunderten gebündelt, im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, den 19. Dezember 1917. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Zichorie

in der Talamtschule am Donnerstag den 20. Dezember 1917.

Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der Lebensmittelscheine 38501—43500 vormittags von 8½—12 Uhr und die Nummern von 43501—49000 nachmittags von 2—6 Uhr.

Der Preis für ein Paket beträgt 1.40 M.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld bereithalten.

Halle, den 19. Dezember 1917. **Der Magistrat.**

Weihnachtsverteilung.

Am Donnerstag den 20. Dezbr. 1917 wird auf dem städtischen Markt in der Talamtschule der Weihnachtsverkauf von Tee, Kakao, Schokolade und Kaffee fortgesetzt.

Zugelassen werden die Inhaber der Lebensmittelscheine Nr. 38501 bis 43500 vormittags von 8½ bis 12 Uhr und diejenigen der Nr. 43501 bis 49000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Jedes Päckchen bezw. jede Tafel kostet 75 Pfg.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die einzelnen Haushalte nur an den Tagen zu der Verlosung zugelassen werden, an denen die Nummern ihrer Lebensmittelscheine aufgerufen sind.

Halle, den 19. Dezember 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über den Verkehr mit Süßstoff vom 20. Juli 1916 und der Verfügung der Reichszuckerstelle vom 28. Juli 1916 wird in Ergänzung der Bekanntmachungen vom 7. September und 10. Oktober 1916 für den Stadtbezirk folgendes angeordnet:

Jeder Haushalt kann im Monat Dezember ein Brieschen Süßstoff (sogenannte H-Packung) zum Preise von 25 Pf. nach Maßgabe der aufgedruckten Bestimmungen in den Drogengeschäften oder in den Apotheken käuflich erwerben. Auch diejenigen Haushalte, welche erst in diesem Monate ihren Süßstoff für den Monat November bezogen haben, sind berechtigt, die für den Monat Dezember auf sie entfallende Menge Süßstoff ebenfalls jetzt zu entnehmen.

Bei dem Verkauf hat der Verkäufer in der Rubrik Süßstoff Spalte 4 des vom Käufer vorzulegenden Lebensmittelscheines den Kauf durch Eintragung des Datums mit Tinte oder angefeuchteten Tintenstift anzumerken. Auf einen Lebensmittelschein darf nur ein Brieschen abgehoben werden. Haushaltungen, welche bei dieser Verteilung keinen Saccharin erhalten, werden bei der nächsten Verteilung berücksichtigt.

Wegen der Abgabe der Süßstoffmenge (G-Packung) an Wirtschafts- und Speisebetriebe jeder Art, Gasthäuser, Kaffeehäuser, Konditoreien, Pensionen, Kantinen und ähnliche Betriebe wird auf § 3 unserer Bekanntmachung vom 10. Oktober 1916 verwiesen.

Zuwiderhandlungen ziehen die gesetzlichen Strafen nach sich.

Halle, den 19. Dezember 1917. **Der Magistrat.**

Zahn-Atelier Frau v. Schulz
Sprechstunde v. 9—6 Uhr abends.
Steinweg 52. 2116

Konserven-Gewölbe
Geiststr. 70 empfiehlt Geiststr. 70
deutsche Rotweine und **Weissweine.** 3238
Fernruf 3560. Fernruf 3560.

Nähmaschine
Rundschiffchen (versenkbar) gebe ich noch preiswert ab.
C. Wurmstich, Nähmaschinen-Handlung, Merseburgerstraße 163. 3241

Bibliothek des praktischen Wissens.

Nr. 3. **Das Vormundschaftsrecht.** Von Hermann Pilz. Preis 25 Pfg.

Nr. 5. **Das Recht der unehelichen Kinder und der Kindesmütter.** Von Hermann Pilz. Preis 75 Pfg.

Nr. 7. **Die Rechte und Pflichten des Mieters.** Von Richard Lipinski. Preis 20 Pfg.

Nr. 8. **Die Klage vor den Amts-Gewerbegerichten und den Schiedsgerichten f. Arbeiter-Versicherung.** Von Hermann Lorenz. Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch die

Halle. Volks-Buchhandlung. Halle.
Harz 42/44.

Nachstehend aufgeführte Personen haben uns den Verlust ihrer Kohlenbezugscheine gemeldet: Berta Noack, Forsterstr. 41, 90 Zentner, Wilhelm Zahn, Lessingstr. 6, 60 Zentner, Richard Schmidt, Bernburgerstraße 16, 100 Zentner, Margarete Josephson, Domplatz 3, 100 Zentner, Louis Schmidt, Hordorferstr. 8, 35 Zentner, Hermann Tiedtke, Spitze 22, 60 Zentner, Ernestine Schulze, Dessauerstr. 5a, 100 Zentner, Richard Schubert, Schwetschkestraße 8, 70 Zentner, Martha Kärich, Gr. Märkerstr. 3, 60 Zentner, Anna Zeising, Trödel 12, 45 Zentner, Frau Leinung, Schlosserstr. 1, 70 Zentner, Agnes Kohlberg, Eichendorffstr. 26, 40 Zentner, Herm. Schaffenicht, Schimmelstraße 17, 65 Zentner, Rosa Zickmantel, Krausenstr. 26, 120 Zentner, Max Leinung, Schlosserstr. 1, 70 Zentner Briketts.

Sämtlichen Kohlenhändlern wird hiermit untersagt, auf die abhandengekommenen Bezugscheine Kohlen zu liefern. Den Verlierern werden neue Scheine mit einem besonderen Vermerk von uns ausgestellt werden. Die Verlierer können die neuen Scheine gegen Vorzeigung des Lebensmittelscheines bei uns abholen.

Halle, den 17. Dezember 1917.

Die Ortskohlenstelle, Marktplatz 22.

Korsette für Damen und Kinder in allen Weiten, 8237
Strümpfe in Wolle, Baumwolle u. Seide für Damen, Herren u. Kinder in allen Preislagen im Kaufhaus
H. Elkan, Leipzigerstr. 87.

2121
Kauft das gute

zu haben: in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen in allen Teilen der Stadt.
Dampf-Brotfabrik Halle a/S.
Margaretenstr. 12. Fernsp. 4041.

Lumpen, Knochen, Eisen,
2120 Metalle, Papier kauft
Albert Bode jun., Große Klausstr. 22.

Därme
zum Hausschlachten, trockene u. gesalzene, hat abzugeben 2816
Gust. Paproth,
Halle, Kl. Ulrichstr. 1, Darmhandlung. Tel. 2724.

Brennholz,
klein geschnitten, verkauft in Ladungen, Fuhren und einzeln, auch frei Haus *1725
G. Lindner, Tholuckstraße 9.
Fernsprecher 4920.

Damenhüte
zu bekannt **billigen Preisen** empfiehlt 3243
A. Hoppe, Kuhgasse 6.

Thermosflaschen,
halten heiße Getränke tagelang warm. 3248
Janusflaschen von 6 M an.
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.
Mitglied d. Rab.-Sp.-Vereins.

Karbid-Tischlampen angekommen.
Karbid preiswert abzugeben
3242 **C. Wurmstich, Merseburgerstr. 163.**

Schulbücher aller Art
Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister usw.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Arbeitsmarkt

Leute
zum **Fensterputzen** gesucht.
Verein. Glasermeister,
*1727 Harz 23.

Klavier-, Violin-, Mandolin- und Gitarre-Unterricht erteilt
2118] **Wally May,** Torstraße 49.

Familien-Nachrichten.

Nachruf.

Am Sonntag den 16. Dez. verstarb nach längerem Leiden unser treues Mitglied und Mitbegründer unseres Vereins, der Schlosser

Theodor Tuchscherer

im Alter von 64 Jahren.

Wir werden sein Andenken hoch in Ehren halten. 3239

Der Vorstand des Sozialdemokrat. Vereins für Halle (gegr. 19. 4. 1889) U. S. P.

Arbeiter! Geschäfte, die nicht in eurer Zeitung inserieren, verzichten auf Arbeiterkundschaft! Berücksichtigt daher bei euren Einkäufen nur die Inserenten des **Volksblatts.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171219-14/fragment/page=0006